

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Westem Postbezugs monatl. 4,65 M., bei Zustellung unter Streifen für Deutschland 6,20 M., fürs Ausland 7,50 M., per Brief 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate haben die achtspaltige Komparativtabelle oder deren Raum 1,20 M., Werbungen den vierspaltigen Raum 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leertungsbildung 70 Pf., bei Familien u. Dienstleistungsangelegen (M. der Zeitungszeit. Interate für den darauffolgenden Tag gelten spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufzugeben.

Inzerenten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zusammenstöße mit Nationalisten.

Das Auftreten der nationalisierenden Elemente ist trotz der Anbrüche, gegen sie mit schärferen Mitteln vorzugehen, nach wie vor sehr provokatorisch. Auch gestern mittag waren sie, wie schon berichtet, vor dem Reichstagsgebäude wieder zahlreich versammelt. Da auch mehrere Arbeiter anwesend waren, ist es schon zu Zusammenstößen gekommen, die besonders dadurch hervorgerufen wurden, daß die Arbeiter annahmen, es sei ein

Attentat auf Ledebour

geplant gewesen. Der Vorgang hatte sich folgendermaßen abgespielt:

Genosse Ledebour hatte kurz nach 1/2 Uhr das Reichstagsgebäude verlassen. Arbeiter, die ihn erkannten, brachten Schreie auf ihn aus. Sichtlich kam ein kleiner Trupp von ebenfalls dort versammelten Angehörigen der Eisernen Marine-Division vom Tiergarten her auf Ledebour zugefahren und versuchte, die Kette der Arbeiter zu durchbrechen. Einem kleinen, in Mannschafuniform gekleideten Offizier gelang es auch, dicht an Ledebour heranzukommen, und in die Höhe zu rufen: „Nieder mit Ledebour“. Von mehreren Augenzeugen wird nun behauptet, daß er zu gleicher Zeit auch seinen Revolver zog. Ein Arbeiter schlug ihm aber auf die Hand, so daß der Offizier die Waffe sinken ließ, und, als er sich von mehreren Arbeitern umringt sah, die Wucht ergriff und auf einen vorbeifahrenden Straßenbahnwagen sprang. Ihm folgte darauf ein zweiter Offizier von derselben Formation. Mit Hilfe von Mannschaften der Sicherheitswehr wurde der erstgenannte Offizier von dem Straßenbahnwagen heruntergeholt und nach der Wache gebracht. Der andere Offizier, der mit erhobenem Revolver zu entfliehen versuchte, wurde ebenfalls festgenommen und nach der Wache gebracht. Dort wurden sie beide — und außerdem ein Zivilist, der den Offizieren Beistand leistete — in „Schuhhaft“ genommen.

Die Namen der drei „Verhafteten“ konnten wir nicht erfahren, auf unsere Nachfrage wurde uns die Angabe der Namen von dem wachhabenden Offizier der Sicherheitswehr verweigert. Es handelt sich aber bei den beiden Offizieren um zwei Angehörige der III. Marine-Division, die in Biesenthal bei Bernau einquartiert ist. Angeblich heißt der eine Leutnant Keller, der andere Leutnant Fabian.

Eine offiziöse Darstellung.

Volks Telegraphen-Bureau gibt über den Vorfall die folgende Darstellung:

Berlin, 17. November.

Heute nachmittag wurden drei Militärpersonen von Beamten der Sicherheitswehr in Schuhhaft genommen, da sie angeblich vor dem Reichstag ein Attentat auf Ledebour ausüben wollten. Die sofortigen Feststellungen haben ergeben, daß von einer Absicht, ein Attentat auszuführen, keine Rede sein konnte. Als Ledebour den Reichstag verließ, demonstrierten etwa 150 Personen mit dem Rufe: Hoch Ledebour! Ein Zivilist und ein Offizier der Reichswehr riefen: Nieder mit Ledebour! Daraufhin drang die Menge auf den Offizier ein, dem zwei Soldaten der Reichswehr zu Hilfe sprangen. Die Menge war bald beschwichtigt. In diesem Augenblick fuhr Ledebour mit der Straßenbahn nach Hause. Als sich der Reichswehr-offizier ebenfalls auf eine elektrische begab, holte ihn die Menge von dort herunter, weil ein Zivilist, der angeblich ein Redakteur der „Freiheit“ sein sollte, immer wieder rief: ein bezahlter Spion, schlagt ihn tot! Daraufhin wurde der Offizier von der Menge angegriffen. Wiederrum eilten die zwei Soldaten dem Offizier zu Hilfe, wobei einem der Soldaten der Revolver aus der Tasche gerissen wurde, den er nach kurzem Handgemenge wieder an sich nahm. Beamte der Sicherheitswehr griffen ein und nahmen die drei Reichswehrangehörigen fest.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob der Offizier wirklich die Absicht hatte, auf Ledebour zu schießen. Eins ist aber sicher: zuzutrauen ist es den Herrschaften schon, daß sie auch zu neuen Mordtaten ihre Zustucht nehmen, um die ihnen so verdähten Führer des Volkes zu beseitigen. Der Offizier wäre nicht der erste Mörder und Ledebour nicht das erste Opfer gewesen. Die Absicht besteht jedenfalls bei vielen, nur den Mut finden sie meistens nicht, die Tat selbst in aller Öffentlichkeit zu vollbringen.

Fragen müssen wir nun noch, wie es kommt, daß die Angehörigen der Eisernen Marine-Division 1. gestern in großer Anzahl von Biesenthal nach Berlin beurlaubt wurden, und 2. alle reichlich mit Revolvern und Munition versehen waren, trotzdem sie nicht im Dienst waren? Sogar Eiershandarmonen sollen einige bei sich geführt haben. Etwa 60—80 Mann der Eisernen Marine-Division sind

gestern früh mit dem Vorortzug von Bernau nach Berlin gekommen. In der Stadt lösten sie sich in kleinere Gruppen auf, um nicht aufzufallen; aber am Reichstagsgebäude trafen sie wieder zusammen. Kein Mensch wird doch annehmen, daß diese Derrchen — durchweg Offiziere und Unteroffiziere in Mannschafuniform — die Waffen und Munition zum Spah bei sich trugen. Sie waren also auf jeden Fall willens, gegen die Sicherheitswehr vorzugehen, wenn diese ihr Vorhaben hüten sollte.

Die Eiserne Marine-Division, die Koske seinerzeit nach Berlin kommen ließ, entpuppt sich also immer mehr als ein ganz gefährliches Werkzeug der Gegenrevolution. Wenn sie nicht bald beseitigt wird, kann ihr Beschüßer Koske noch erleben, daß sie sich gegen ihn selbst wendet. Fähig sind diese Leute zu allen Taten, um das alte Regime wieder an die Spitze zu bringen.

Es ist daher zu fordern, daß die Eiserne Marine-Division sofort entwaffnet und aufgelöst wird.

Der Kommandeur muß außerdem zur Rechenschaft gezogen werden dafür, daß er den Leuten in so großer Zahl Urlaub gewährte, trotzdem er damit rechnen mußte, daß sie sich an den nationalisierenden Umtrieben beteiligen würden. Auch für das unbefugte Waffen- und Munitionstragen seiner Untergebenen ist der Kommandeur verantwortlich.

Es ist sicher anzunehmen, daß die Zusammenrottungen der nationalisierenden Elemente vor dem Reichstag heute wiederholen werden, da Hindenburg ja heute endlich vor dem Untersuchungsausschuh erscheinen soll. Wie es heißt, sollen die Vorkehrungen der Sicherheitswehr für den heutigen Tag stärker als gestern werden. Wir werden ja sehen ob dies geschehen wird. Gestern war jedenfalls die Sicherheitswehr nur auffällig schwach vertreten. In den Kreisen der Sicherheitswehr wird auch befürchtet, daß dienstfreie Soldaten der Reichswehr an den Demonstrationen teilnehmen werden, was die Aufrechterhaltung der Ordnung durch die Sicherheitswehr bedeutend erschweren würde. Es ist auf jeden Fall anzudeuten, den Soldaten der Reichswehr die Teilnahme an den heutigen Demonstrationen zu verbieten.

Was in der Volk-Rechtung über einen angeblichen Redakteur der „Freiheit“ geschrieben wird, ist eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung. Es ist zur Zeit der geschilderten Vorgänge überhaupt keiner unserer Redakteure in der Nähe des Reichstagsgebäudes gewesen. Es hat also auch kein Redakteur der „Freiheit“ die Menge durch Juruse angestachelt. Verabsichtigt man etwa, durch die Falschmeldung die Spuren zu verwischen? Wir sind ja gespannt, was den drei in „Schuhhaft“ befindlichen Herren, die sich bewaffnet an einer Zusammenrottung beteiligt haben, passieren wird.

Eine Erklärung der U. S. P.-Fraktion in der Preussischen Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung gab Genosse Ludwig im Namen der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie folgende Erklärung ab:

Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat schon auf ihrem Parteitag in ihrem Aktionsprogramm (s. die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats formuliert.

Eine Einigung kann nur erfolgen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Das bedingt eine Aufgabe der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgerium und die Freigabe der Klassenkampfes.

Solange dazu keine Bereitschaft bei der rechtssozialistischen Partei besteht, ist eine Einigung unmöglich und zwecklos.

Soll sie nur dazu dienen, die Rechtssozialisten in der Regierung zu fangen, die sie gemeinsam mit den Klassenfeinden des Proletariats bilden, so rechnen wir sie runter ab. Auf dem Boden der sozialistischen Grundzüge allein ist sie möglich.

Keine Einigungsverhandlungen. Das „Berliner Tageblatt“ wachte gestern über „inoffizielle Vorbesprechungen“ über die Einigungsfrage zu berichten. Offizielle Verhandlungen hätten allerdings noch nicht stattgefunden. Demgegenüber möchten wir sagen, daß uns weder von inoffiziellen noch von offiziellen Verhandlungen etwas bekannt ist.

Rückzug und Vorstoß.

Von Rud. Breitscheid.

Am Sonnabend schied sich Herr Helfferich an, dem Untersuchungsausschuh den Rücken zu kehren. Ueber Sonntag hat er sich die Sache anders überlegt, und gestern erschien er wieder und sagte wieder aus. Auf zwei Gründe darf seine Sinnesänderung zurückgeführt werden. Wie glaubhaft versichert wird, hat ihn die Bethmann-Gruppe wissen lassen, daß sie keine Drohung nicht billige, und daß sie in dieser Beziehung nicht hinter ihm stehe. In höherem Maße aber werden parteipolitische Erwägungen für ihn ausschlaggebend gewesen sein. Die Deutschnationalen scheinen die Stunde für ein ernstes Wagnis noch nicht für gekommen zu halten. Ihre Presse hat am Sonntag recht vernehmbar zum einseitigen Rückzug geblasen. Man habe gezeugt, daß man da sei und daß man bereit sei, und jetzt solle zunächst der Säbel wieder in die Scheide gesteckt werden. Mit diesem Programm wäre bei den Wechselwirkungen, die zwischen den Verhandlungen im Ausschuh und dem Verhalten der nationalisierenden Straßensjugend besteht, ein allzu weites Vorwogen des Herrn Helfferich nicht in Einklang zu bringen gewesen, und so ist dieser Ehrgeizige um das Glück gekommen, die Rolle des Fahnen-trägers bei einem reaktionären Putsch zu spielen.

Wahrscheinlich wird er sich über den entgangenen Vorbezug einigermaßen trösten, denn sein Ruhm ist in den Kreisen seiner politischen Freunde natürlich bedeutend gewachsen, und außerdem hat er in der Angelegenheit, die zu dem Zusammenstoß am Sonnabend den Anlaß gab, seinen Kopf schließlich durchgesetzt.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung stellte er sich weiteren Fragen zur Verfügung, betonte aber seine früher formulierten Vorbehalte. Das konnte nichts anderes bedeuten als die fortgesetzte Weigerung, dem Ausschuhmitglied Cohn Rede und Antwort zu geben. Der neue Konflikt war unvermeidlich, sobald Oskar Cohn eine Frage an ihn richtete. Am Nachmittag brach er aus. Oskar Cohn fragte: Der Abg. Goltsch, der Herrn Helfferich eine Brücke bauen und dem Ausschuh eine Verlegenheit sparen wollte, nahm die Frage seinerseits auf und erweiterte sie. Aber er hatte wieder die — Mühseligkeit des Herrn Zeugen unterschätzt, der mit offensativer Betonung erklärte, er sei bereit, die Frage des Herrn Vorsitzenden zu beantworten. Einiges Hinundhergerede, dann zieht sich der Ausschuh wieder einmal zur Beratung zurück, und der Widerspenstige wird erneut in eine Geldstrafe von 300 Mark genommen.

Es läßt sich nicht gerade behaupten, daß diese formalistische Behandlung des Streitfalles einen erhebenden Eindruck mache. Was sind dem in Krieg und Frieden reich gewordenen Bankdirektor 300 oder 600 Mark? Er wagt die Kasse an.

Er wird beim Gesamtausschuh Beschwerde einlegen, und selbst, wenn er damit keinen Erfolg erzielt, so hat er wenigstens die Genugtuung, das erreicht zu haben, was er erreichen wollte. Er steht vor der Öffentlichkeit als Triumphtor da. Vielleicht wird er noch einmal 300 Mark zu zahlen haben, wenn im weiteren Verlauf der Untersuchung Cohn sich erneut an ihn wenden sollte. Aber er kann sich mit dem Weiblein, das wegen Holzdiebstahls verurteilt war, über seine Richter lustig machen: „Ich zahl' mei' Straf' und steck' mei' Holz!“

Der Ausschuh befindet sich, das muß zugestanden werden, Herrn Helfferich gegenüber in einer schwierigen Lage. Aber es will uns nicht recht in den Sinn, daß eine politische Provokation — denn um eine solche handelt es sich — mit der Verhängung einer Ordnungsstrafe erwidert wird. Zum mindesten hätte eine Brandmarkung dieses Verächtlers der Verfassung durch eine Körperstrafe, deren Wehrheit die Verfassung so heilig hält, erfolgen müssen. Aber hier läßt eben eine Lücke nicht nur in der rechtlichen Fundamentierung der Untersuchungskommission, sondern auch in dem Nachwillen des Parlaments. Mit der Strafprozeßordnung läßt sie sich nicht anfüllen.

Die sachlichen Erörterungen des gestrigen Tages vermochten ebensowenig Verriedigung zu erwecken, wie die Behandlung der Affäre Helfferich. Schließlich ließ das Verhör darauf hinaus, daß über Worte gestritten und nicht mehr Tatsache gegen Tatsache, sondern Auffassung gegen Auffassung gestellt wurde.

Zimmer wieder läßt es sich der ehemalige Vizeminister angelegen sein, Herrn Wilson als einen unzuverlässigen und böswilligen Vermittler zu charakterisieren. Als ob es überhaupt in diesem Zusammenhang auf die moralischen Qualitäten des amerikanischen Präsidenten und keine ungerechtfertigte Besinnung gegenüber Deutschland ankäme!

Die Tatsache ist doch unbestreitbar, daß die militärischen und politischen Stellen im Jahre 1916 die Unmöglichkeit erkannten, zu Lande den Krieg zu einem befriedigenden Ende zu bringen. Jetzt gab es zwei Wege: entweder es wurde versucht, durch Verhandlungen zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, oder aber man griff zu der Waffe des U-Bootkrieges, um den Feind zum Frieden zu zwingen.

Was hat man in Wirklichkeit getan? Zuerst wurden durch das an Wilson gerichtete Ersuchen Schritte auf dem Weg zu einem Verständigungsfrieden getan. Dann wägte man sich selbst durch das deutsche Friedensgebot einen Stein vor die Füße, und endlich ließ man die Wilsonschen Versuche sich nicht auswirken, sondern begann den U-Bootkrieg, bevor die friedlichen Mittel erschöpft waren. Bethmann und Helfferich versichern, sie seien über dessen Erfolgsmöglichkeiten im Januar 1917 optimistisch gewesen als vorher, und sie hätten auch die Bedeutung des Eintretens der Vereinigten Staaten in den Krieg an diesem Zeitpunkt geringer eingeschätzt, als einige Monate früher. Wer will die Unrichtigkeit dieser Darstellungen beweisen? Es läßt sich eben nur darauf aufmerksam machen, daß die Befehle der beiden Staatsmänner zum U-Bootkrieg in demselben Augenblick eintrafen, als die Oberste Seeresleitung die Einsetzung dieser Waffe forderte.

Sie wollten sie auch unter keinen Umständen wahr haben, daß sie an einer Niederzwingung Englands innerhalb von 5 oder 6 Monaten gedacht hätten, und auch der Admiralstab legt Wert auf den Nachweis, daß in seinen Denkschriften vom „Auf-die-Knie-Zwingen“ keine Rede gewesen sei. Man habe England nur friedensbereit machen wollen.

Wieder ein Streit um Worte! Tatsächlich haben amtliche Marinekreise 1916 und Anfang 1917 der Öffentlichkeit den Irrglauben beigebracht, England sei in wenigen Monaten zu erliegen, und die politischen Stellen haben nichts dazu getan, diese verhängnisvolle Ansicht zu zerstreuen. Ach, und was heißt friedensbereit machen? Zu welchem Frieden bereit? Genosse Cohn sucht durch eine Frage an Bethmann festzustellen, ob er einen Frieden unter den Bedingungen, die er 1916 formuliert habe, und die sehr weitgehende Annexionen enthielten, für den Verständigungsfrieden halte, zu dem nach seiner Meinung England durch den U-Bootkrieg hätte genötigt werden können. Bethmann weicht aus und zieht sich auf seine alte Theorie zurück, daß man die Friedensbedingungen von der jeweiligen Situation habe abhängig machen müssen.

Helfferich seinerseits bemüht sich, den Fuß dadurch aus dem Fangeisen zu bekommen, daß er die außerordentlichen Wirkungen des verschärften U-Bootkrieges aufzählt und behauptet, England sei Mitte 1917 zum Nachgeben entschlossen gewesen. Helfferich knüpft daran die schwere Anklage gegen die Reichstagsmehrheit, sie habe durch ihre Friedensresolution den Widerstandswillen der Feinde neu belebt. Seit dem 19. Juli 1917 sei alles zu Ende gewesen.

Nehmen wir an, dem wäre wirklich so, so würde das doch nur beweisen, daß England, von irrigen Voraussetzungen ausgehend, vorübergehend geschwankt habe. Es hätte für eine Weile die Wirkung des U-Bootkrieges ebenso übersehen, wie es der deutsche Admiralstab ein Jahr zuvor getan hat. Doch es ist tatsächlich eben nicht gelungen ist, Englands Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr zu unterbinden und die amerikanischen Truppentransporte zu verhindern, beweist, wie falsch die Berechnungen der Marine und wie verhängnisvoll das schwächliche Nachgeben der politischen Leitung gegenüber der militärischen gewesen ist. Das deutsche Volk muß es sich mit allem Nachdruck verbitten, daß es mit dem Ansprechen seines Friedenswillens den Zusammenbruch vorbereitet haben soll. Der Blick auf dem Konto der Sabotagepieler: „keine Macht der Welt“, um mit Herrn Helfferich zu reden, kann dieses Schandbuch vernichten.

Helfferich und die Wahrheit.

Wie unsere Leser aus dem Sitzungsbericht in der Beilage ersehen, hat Dr. Helfferich bei Beginn der Sitzung vom Montag den Ausschuh eine schriftliche Erklärung überreicht. Sie fügt dem Ruhmesdrang dieses treiflichen Herrn ein neues Blatt hinzu. Herr Dr. Helfferich kann das Falsche nicht lassen: Als der Schwirbel des angeblich hochverhängenden U-Bootkrieges zusammenzubrechen drohte, legte Herr Dr. Helfferich, im Juli 1917, dem Staatsratungsdirektor eine Statistik über die Einfuhr Englands während der ersten fünf Monate 1917 vor; sie sollte beweisen, daß die Einfuhr durch die Erfolge des U-Bootkrieges in dem für die Ernährung wichtigsten Waren bedeutend zurückgegangen war. Nur eine Kleinigkeit war dabei „vergessen“: Die Einfuhr von Reis schließe in der Tabelle vollständig und erst auf lebhaftes Befragen Erzbergers mühte der wahrheitsliebende Minister Dr. Helfferich zugeben, daß England während des Krieges regelmäßig und dauernd die doppelte Menge Reis gegenüber den Friedensjahren eingeführt hatte. In der Montagssitzung wurde der Zeuge Dr. Helfferich nach der Reiseinfuhr gefragt. Er erzählte viel von der Reiseinfuhr Englands im Jahre 1916, verschwieg aber die entsprechenden Zahlen für 1917, nach denen allein er gefragt worden war und hatte dabei doch den Eid geleistet, nichts zu verschweigen.

Es ist gut, daß Herr Dr. Helfferich die Erklärung, die er dem Ausschuh eingereicht hat, nicht ebenfalls mit seinem Zeugeneid zu bedenken braucht. Am Sonnabend nahm Herr Dr. Helfferich folgendes auf seinen Eid: „Nach einem Telegramm des Reichstages Joffe hat in der Zeit, in der unser Vaterland einen schweren Kampf gegen eine feindliche Uebermacht führte, sich Dr. Cohn von Joffe Gelder der russischen Sowjet-Regierung zur Verfügung stellen lassen, um Deutschland zu revolutionieren.“ Das ist eine Unwahrheit, Herr Dr. Helfferich: Denn Joffe hat niemals etwas derartiges telegraphiert.

In seiner schriftlichen Erklärung spricht er davon, daß Genosse Dr. Cohn Cohn „in Deutschlands schwerster Zeit russisches Volkswirtschaftsangelegenheiten zur Revolutionierung Deutschlands entgegenkommen habe“. Auch das ist nicht richtig, wie Genosse Cohn Cohn schon in seiner Erklärung, die am 28. Dezember 1918 in der „Freiheit“ abgedruckt worden ist, in der Nationalversammlung im Februar und schließlich in der Ausschuhprüfung vom 15. 11. festgestellt hat.

Das will Herr Dr. Helfferich auch genau und deshalb greift er in seiner schriftlichen Erklärung zu dem alten Falschstückchen, das er aus der spaltenlangen Erklärung vom 28. Dezember 1918 herüberbringt: jene Falschgabe, die Genosse Cohn Cohn gemacht hat, wagt, und dann die Behauptungen in der Ausschuhprüfung vom 15. 11. wiederholt erklärt.

In der Nationalversammlung hat Genosse Cohn Cohn die Sozialdemokraten selbstverständliche Stellung eingenommen, daß die Internationale nicht nur ein Lippenbekenntnis sein dürfe, sondern die wirkliche gegenseitige Unterstützung der Arbeiterparteien aller Länder verlange. Er hat aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, übrigens auch der deutschen Gewerkschaften, nachgewiesen, wie oft deutsche Arbeiter französische, russische, schwedische usw. Arbeiter in ihren politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen unterstützt haben. Für einen Sozialdemokraten hat also der Gedanke in seinen Parteibestrebungen, bei ausländischen Bruderparteien Verständnis und Unterstützung zu finden, nichts Schreckhaftes an sich, sondern die internationale Solidarität ist ihm ein Lebensbedürfnis. Aber diese Selbstverständlichkeiten haben mit dem Schwirbel des Herrn Dr. Helfferich nichts zu tun: Genosse Cohn Cohn hat am 8. November 1918, als die russische Volkswirtschaft unter pöbelhafter Form aus Berlin ausgewiesen wurde, und nur an diesem Tage, außerdem weder vorher noch nachher, jemals einen Geldbetrag vom Genossen Joffe entgegengenommen. Den größten Teil des Geldes hat er, was er wiederholt dargelegt hat, gemäß seiner Pflicht als Reichsbevollmächtigter der Reichsregierung zur Regelung der Gehalts- und anderer laufenden Verpflichtungen der Volkswirtschaft und zur Unterstützung der Gefangenen und Kälteleidenden verwendet. Mit einem geringen Betrag hat er gemäß der ihm vom Genossen Joffe erteilten Ermächtigung die literarische Propaganda unterstützt. Aber auch dies konnte er selbstverständlich erst einige Zeit nach dem 8. November tun, also nicht zu der Zeit, wo, wie sich Herr Dr. Helfferich ausdrückt, „unser Vaterland einen schweren Kampf gegen eine feindliche Uebermacht führte“.

Herr Dr. Helfferich zeigt in seiner schriftlichen Erklärung allzu deutlich seinen lebhaften Schmerz darüber, daß ihm Genosse Cohn Cohn mit geschätzten, von der Genur des Vorstehenden nicht erreichbaren Worten als einen Mann gekennzeichnet hat, der einen jähen und doch erfolglosen Kampf gegen die Wehrheit führt.

Die bisher letzte Fälschung des Herrn Dr. Helfferich rechtfertigt seinen Ruf als begeisterten Feind der Wehrheit.

Front nach Westen?

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Armee der baltischen Abenteuerer ist geschlagen und auf dem Rückmarsch, da erscheint plötzlich die Nachricht, daß diese Truppen sich dem General von Eberhardt unterstellt haben. Diese Meldung ist so seltsam, daß sie sorgfältigster Nachprüfung bedarf. General von Eberhardt ist reichsdeutscher General und hat für den abgelösten und entlassenen General von der Goltz die Rückführung der nach im Baltikum weilenden Truppen übernommen. Oberst Kwalow-Vermond ist ein russisch-reaktionärer Offizier, unter seinem Kommando stehen zwar größtenteils deutsche Freiwilligenkorps, aber auch eine Anzahl von Truppen, die in russischen Gefangenenlagern in Deutschland erworben wurden. Es ist deshalb unerklärlich, wie der russisch-reaktionäre Oberst sich mit seinen Truppen dem deutschen General unterstellen kann. Es muß vielmehr noch allen Anzeichen angenommen werden, daß die reaktionären Elemente, nachdem ihr Abenteuer im Baltikum gescheitert ist, nunmehr einen Frontwechsel vornehmen und nach Westen marschieren. In Berlin ist seit Tagen das Gerücht verbreitet, daß die baltischen Truppen den Marsch auf Berlin angetreten haben, und zwar wird dieses Gerücht, wie wir feststellen konnten, von deutsch-nationaler Seite auf das eifrigste verbreitet. General von Eberhardt ist nicht etwa ein zuverlässiger republikanischer Offizier, sondern überzeugter Monarchist, der in den Kreisen der Gegenrevolution als absolut zuverlässig gilt — für monarchistische Unternehmungen nämlich. Daß die reaktionären Kreise versuchen werden, den Vormarsch der Baltikumtruppen nach Westen zu einem Konflikt auszunutzen, geht schon aus den Andeutungen hervor, die die „Post“ in ihrer Sonntag-Morgenausgabe prophezeiend macht. Es heißt dort:

„Daß General von Eberhardt für eine geordnete Rückführung dieser Truppen Sorge tragen wird, unterliegt keinem Zweifel. Fraglich erscheint es aber, ob die deutsche Regierung es verstehen wird, diese immerhin sehr bisfiziellen Zustände zu einem guten Abschluß zu bringen. Man darf nicht übersehen, daß in dem nunmehr geschaffenen Verhältnis der Vermont-Truppen zu den leistenden Stellen Deutschlands allerhand Verwicklungsunkte liegen.“

Die „Post“ bezweifelt dann weiter, daß die deutsche Regierung das nötige Geschick besitze zu einer glücklichen Lösung dieser Fragen. Hier sind also bereits ganz offen bevorstehende militärische Konflikte zwischen diesen Truppen und der deutschen Regierung angekündigt, und sie werden noch offener besprochen, wenn die Herren unter sich sind. Man erwartete, wie wir bereits früher andeuteten, auf das Signal des Truppenmarches einen allgemeinen Vormarsch der östlich der Elbe liegenden Freikorps gegen Berlin und eine Erhebung der Bevölkerung in Ostelbien. Der General von Eberhardt wird dabei als eine äußerst nebensächliche Figur hingestellt, der wahre Leiter des ganzen Unternehmens ist der General Hoffmann, der frühere Generalstabschef von Oberost. Bei ihm laufen alle Fäden zusammen. In enger Beziehung zu ihm stehen auch der noch immer in Berlin weilende Hauptmann Voensgen, der Führer der Eisernen Division, und der General von der Goltz, der seit einiger Zeit unbekanntem Aufenthaltsort ist. Offiziere der Eisernen Division stellen ferner noch immer die Verbindung zwischen der Heimat und den Baltikum-Truppen her. Dafür nur ein Beispiel: Am 11. November fuhr unter der Führung des Hauptmanns von Kähler in Begleitung von drei deutschen Generalstabsoffizieren die Entente-Baltikum-Kommission nach Riga. In dem Augen, der die Kommission nach Riga brachte, reiste gleichzeitig ein hier auf Urlaub befindlicher Offizier der Eisernen Division, Leutnant Biese, zu seiner Truppe zurück. Leutnant Biese ist ein naher Verwandter des ersten Generalstabsoffiziers der Eisernen Division, des Hauptmanns Biese. Als die mit der Kontrolle beauftragten Berliner militärischen Stellen von dieser Reise Kenntnis erhielten, wurde ihnen auf Anfrage mitgeteilt, daß Leutnant Biese mit Erlaubnis des Reichswehrministers sich ins Baltikum begeben, um dort bezüglich auf die Truppen einzuwirken. In welchem Sinne die Einwirkung des mit dem ersten Generalstabsoffiziers der meutenden Truppen verwandten Leutnants erfolgen wird darüber dürfte kein Zweifel sein. Die „Post“

schweigen beweisen, daß mit dem Frontwechsel der Baltikum-Truppen die Gefahr nicht etwa gebannt, sondern erst akut geworden ist. Man begreift unter diesem Gesichtspunkt auch den Uebermut, den die deutsch-nationalen Kreise in Berlin plötzlich zur Schau tragen.

Daß die baltischen Abenteuerer ihr Spiel durchaus noch nicht verloren geben, sondern sich mit gegenrevolutionären Absichten tragen, die sich jetzt gegen Deutschland richten sollen, das geht aus dem von uns schon erwähnten Schreiben für das Doloments Major Bichoff hervor, worin gesagt wird, daß vom Baltikum aus nach Niederdrückung des Volkswillens die Befreiung Deutschlands ins Werk gesetzt werden solle, da bei der jetzigen Regierung Deutschland ermordet werde. Noch mehr aber erfährt man aus der „Trommel“, der täglich erscheinenden Zeitung für die baltischen Abenteuerer. In dem Leitartikel der Nr. 6 vom 7. November heißt es:

Wir haben bereits unendlich viel erreicht. Das liegt auf der Hand und das muß jeder sehen, der Augen zum Sehen hat. Es war so gut wie ein Nichts, woraus wir in monatelanger Arbeit unsere Organisation unter Führung tüchtiger Männer geschaffen haben. Der Geist unseres Herzes ist gelichtet, wir haben uns auf Grund militärischer Erfolge eine Basis geschaffen, von der aus wir weiterkämpfen können, die politische Organisation unseres Volkes der Befreiung zweier Länder von der Wehr über sich selbst hinausgewachsener Revolutionen ist vorbereitet und die Welt unserer Feinde und Freunde beginnt mit uns als mit einem bestehenden Machtfaktor zu rechnen, der sich bereits bewährt hat und noch bewähren wird. Und nun sollten wir auf halbem Wege umkehren, sollten das Gefühl, das wir mit vieler Mühe gewonnen haben, in dem kurzen Augenblick eines vorübergehenden Schwächefalls in Scherben werfen? Niemals! Es muß durchgehalten werden, nur müssen wir uns die Klammern und Seilumarmen vom Leibe halten, die immer wieder Rechnungen anstellen und Dinge berechnen wollen, die sich gar nicht berechnen lassen.

Gegenüber diesen so offen zur Schau getragenen gegenrevolutionären Bestrebungen muß verlangt werden, daß die jetzt nach Deutschland zurückkehrenden Formationen sofort aufgelöst und die Befehlshaber, die ihre Truppen für ihre reaktionären Zwecke mißbraucht und Deutschland in die schwerste Gefahr gestürzt haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Lütkow.

Eine sogenannte Ehrenkompanie des Freikorps Lütkow hat gestern vormittag Herrn Gindenburg eine neue Coalition dargebracht. Um die Wirkung dieser neuen Proklamation der Monarchisten nach außen hin abzuschwächen, hat eine „zuständige Stelle“ erklärt, das Freikorps Lütkow besitze nicht mehr, und es könne sich demnach bei der Demonstration nur um ehemalige Angehörige dieses Freikorps gehandelt haben. Wir haben diese Darstellung, die uns kurz vor Redaktionsschluss zuging, in der gestrigen Abendausgabe veröffentlicht, müssen aber heute erklären, daß durch sie eine bewußte Fälschung der Öffentlichkeit vorgenommen wurde. Das Freikorps Lütkow ist nicht aufgelöst, sondern es besteht noch, und zwar hat es seinen Standort in Posen. Das Freikorps Lütkow ist eine der reaktionärsten Reichswehrformationen. Es hat sich, wie wir vor einiger Zeit berichteten, bisher beharrlich geweigert, den Eid abzulegen. Auf unsere Veröffentlichung hin hat der Reichswehrminister Noke versichert, er nehme derartige Eidesverweigerungen nicht allzu tragisch. Inzwischen — am 14. November — ist die Vereidigung allerdings vorgenommen worden, wie uns aber von Angehörigen des Freikorps mitgeteilt wird, hat sich eine große Menge der Offiziere von der Vereidigung gedrückt, und auch ein Teil der Soldaten wurde dazu überredet, bei der Vereidigung sich dünne zu machen. Ein Hauptmann erklärte vor der Vereidigung wirklich: „Wir sind gegen die heutige Regierung, können aber den Eid trotzdem leisten, da die Eidesformel nicht verlangt, unseren Gott als Zeugen anzurufen. Der Eid ist somit für uns nicht bindend.“

Dieser Vorfall zeigt wieder, daß sich gewisse Reichswehrformationen absichtlich von der Vereidigung drücken, oder daß sie sich, wenn sie der Vereidigung nicht mehr entgegen können, ein Hintertreten offen lassen, das ihnen erlaubt soll, zu gegebener Zeit gegen die Regierung vorzugehen.

Kreuzstrafe für Major v. Lütkow.

Berlin, 17. November.
M. Z. B. teilt mit: Gegen den Major v. Lütkow, der am Montag eine Truppenabteilung in die Ostfront führte, ohne dazu besonderen Befehl von seiner vorgesetzten Dienststelle erhalten zu haben, verfügte der Reichswehrminister vorerst eine Kreuzstrafe.

Die Sicherheitswehr als Hüterin des Eigentums.

In den besetzten Räumen des Volkstages kaufen die Sicherheitskollaten wie die Vandalen. Sämtliche Schränke sind erbrochen, alles, was nicht nicht und magest ist, wird mitgenommen, auch das private Gut der im Volkstages tätig gewesenen Genossen und Genossinnen. Die Herren Sicherheitskollaten haben bereits Betten in die Räume gebracht und führen dort ein verträgliches Leben bei Wein, Weib und Gesang.

Ist Herr Eugen Ernst mit dieser Aufführung seiner Prätorianergarde einverstanden? Dieselbe Sicherheitswehr, die die Ordnung und Sicherheit gewährleisten soll, mißbraucht auf schändliche das ihr anvertraute Eigentum.

Aufhebung der Räte in Oberschlesien?

Die Räte, Arbeiter- und Bauernräte seien in Oberschlesien aufgehoben worden, ihre Tätigkeit eingestellt. So meldet im Anschluß an die Gemeindefragen der „Oberschlesische Kurier“, ein Zentrumsblatt. Man sieht es der Meldung an, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens war. Und man könnte fast glauben, es handle sich um eine verheerende Aufforderung an Göring, den Reichssozialisten, er solle endlich mit der Aufhebung der Räte anfangen. Vielleicht tut er dem Zentrum den Gefallen.

Rätegedanke und Gewerkschaftstaktik.

Von Ernst Däumig.

I.

Die Vollversammlung der revolutionären Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre Groß-Berlins hat am 12. November cr. einen Beschluß gefaßt, dem die Redaktion der „Freiheit“ eine tendenziöse und anfechtbare Auslegung gegeben hat. Das Urteil der „Freiheit“ unterscheidet sich jachlich in nichts von dem des „Vorwärts“, der in seiner Abendnummer vom 13. November cr. diese Uebereinstimmung mit einigen bösnischen Seitenbieder auf die „Freiheit“ feststellt. Im Leitartikel ihrer Abendnummer vom 15. November cr. kommt die Redaktion der „Freiheit“ noch einmal ausführlich auf diesen Gegenstand zurück und übt eine Kritik an dem Verhalten der Vollversammlung und des Vorkomitees, die ich nicht unüberprüfbar lassen kann. Bei dem Lesen dieses „Probleme der Gewerkschaftstaktik“ betitelten Artikels mußte ich mich mehrmals fragen, ob ich wirklich das Organ einer Partei in der Hand habe, die sich nach ihrem Programm auf den Boden des Räteystems stellt. Denn die in dem betreffenden Artikel entwickelten Gedankengänge lassen von dem Bekenntnis zum Räteystem jede Spur vermissen. Denkt man die in dem „Freiheit“-Artikel ausgeprochenen Gedanken konsequent zu Ende, so muß man zu der Schlussfolgerung kommen: wozu überhaupt alle Erwähnungen, ein revolutionäres Räteystem aufzubauen? Denn nach der Anschauung der „Freiheit“ sind die entscheidenden Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit durch die Gewerkschaften und Gewerkschaftstaktik zu führen. Auch die politischen Parteien dürfen dabei mitwirken; die Räteorganisation aber ist in der Darstellung der „Freiheit“ ein so schemenhaftes, in der Luft hängendes Gebilde, daß der Gedanke nahe liegt: man erwähne es bloß, um eine Konzeption an die rätefreundliche Stimmung der Arbeiterschaft zu machen, im Grunde seines Herzens aber wünscht man genau so wie die Reformsozialisten dieses, den alten Organisationsstrukturen unabweimelndes revolutionäres Gebilde zu allen Teufeln.

Bunächst einige Worte über den konkret vorliegenden Beschluß der Vollversammlung vom 12. November cr. Wenn die „Freiheit“ daraus eine Aufforderung zur Verträglichkeit der Gewerkschaften oder gar zu einem Verlassen der Gewerkschaften herausliest so beweist das nur, daß ihrer Redaktion die Grundgedanken, aus denen heraus die Verfechter des reinen Räteystems an den Aufbau der Räteorganisation herangehen, völlig unbekannt sind. Der Beschluß wendet sich allerdings gegen die Gewerkschaften, die nicht „Mittel und Ausdruck“ des revolutionären Räteystems sein wollen. Das ist durchaus nichts Neues, sondern entspricht der Auffassung, die von mir und meinen Freunden stets vertreten worden ist. Wir erblicken allerdings die „Revolutionierung“ der Gewerkschaften nicht schon darin, daß die bisher unter der Flagge des Reformsozialismus marschierende Gewerkschaftsbureaus durch Männer ersetzt wird, die rein äußerlich eingeschriebene Mitglieder der U. S. P. sind. Wir erwarten vielmehr, daß diese, einer revolutionären Partei angehörenden Gewerkschaftsleiter in der gegenwärtigen Epoche der sozialen Revolution bereit und fähig sind, den alten, schwerfälligen Apparat der engen Berufsorganisation derart umzustellen, daß sich ihre Gewerkschaft in eine höhere, überberufliche Kampforganisation, wie es das Räteystem ist, einfügt.

Für uns handelt es sich in dieser Zeit des verschärften Klassenkampfes nicht mehr ausschließlich darum, die Lebenshaltung begrenzter Berufsgruppen durch Lohn- und Tarifkämpfe für eine kurze Zeit aufzubessern, sondern wir halten es für das dringendste Gebot der revolutionären Stunde, mit dem Kapital und dessen Befehlshäuser — dem gegenwärtigen Staate — den Endkampf aufzunehmen. Dazu bedarf es aber einer Organisation, die über die engen Berufsgruppen hinaus das Proletariat in einer Kampffront vereinigt und eine Gliederung aufweist, die sich der Struktur des Produktionsprozesses anpaßt. Darum erstreben wir im Räteystem die Zusammenfassung nach Industriegruppen. Wir sind uns vollständig darüber klar, daß wir dabei die alten Gewerkschaftsstrukturen erschüttern und die überlieferten Methoden der Gewerkschaftsführung etwas stark aus dem altergebrachten Geleise bringen. Aber die konsequente Durchführung des revolutionären Räteystems läßt sich nun einmal mit den herkömmlich abgegrenzten Gewerkschaften nicht vereinbaren, und die Revolutionierung der Gewerkschaften besteht eben darin, nicht allein den alten Apparat gründlich umzubauen und höheren Zielen unterzuordnen, sondern auch die alten Kampfmethoden und Kampfziele einer gründlichen Revision zu unterziehen. Ein erster Schritt auf diesem Wege ist bereits von dem Metallarbeiterverband gemacht worden. Die Stuttgarter Resolution dieses Verbandes, sowie eine in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Kundgebung des neuen Vorstandes der Metallarbeiter bekennen sich klar und deutlich zu der Umstellung des Metallarbeiterverbandes aus der Berufs- zur Industrieorganisation im Rahmen des Räteystems. Aber die meisten Gewerkschaften, auch die, in denen U. S. P.-Leute leben, sind noch weit von diesem anerkanntwertigen Fortschritt entfernt. Wir haben sogar im Vollkomitee mehrmals die Erfahrung machen müssen, daß uns beim Aufbau des Räteystems gerade von U. S. P.-Gewerkschaftlern nicht allein passive Weisheit, sondern sogar direkter Widerstand entgegengebracht worden ist. Aus dieser bedauerlichen Beständnislosigkeit über die Aufgaben innerhalb einer sozialen Revolution und über das Wesen und die Ziele des revolutionären Räteystems, sowie in einer, meiner Meinung nach ganz falschen Beurteilung der konkreten Kampfsituation im Metallarbeiterstreik ist der Beschluß der Gewerkschaftskommission vom 5. November cr. zu verstehen, der den Anlaß zu der von der „Freiheit“ scharf angegriffenen Entschließung der Vollversammlung vom 12. November cr. gegeben hat. Aber diese Entschließung sagt nicht: Heraus aus den Gewerkschaften, sondern sie wendet sich — nach meiner Uebersetzung mit vollem Rechte — gegen die Organisationen, die „an alten und unwirksam gewordenen Formen des proletarischen Massenkampfes festhalten“.

Das weitere denkt die Entschließung auch gar nicht daran, der syndikalistischen Betriebsorganisation irgendwelche Konzessionen zu machen. Allerdings sagt sie — und

zwar mit vollem Rechte —, daß die Grundlage der kommenden Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit in die Betriebe hineingerückt werden müsse. Damit ist wiederum keine neue, verbrecherische Negerei begangen worden, sondern auch das entspricht durchaus dem Grundgedanken des Räteystems. Der organisatorische Aufbau dieses Systems kann gar nicht anders als auf der Grundlage der Betriebe erfolgen. Darum heißt es schon in den vor Monaten vom Vollkomitee herausgegebenen und von der Zentralstelle der Betriebsräte Deutschlands abgestimmten Richtlinien für den Aufbau des Räteystems: „Die Grundlage der Organisation der Arbeit liegt in den Betrieben und Betrieben.“ Hier ist das Proletariat trotz aller psychologischen und geistigen Verschiedenheit und trotz seiner Parteizerrissenheit an einer gemeinsamen Berührungsstelle zu packen; denn im Betriebe sind alle Arbeiter und Angestellten gleichermaßen Ausbeutungsobjekt des Kapitals. Hier im Betriebe kann die Aufklärungsarbeit durch die sozialistisch-gewerkschaftliche und revolutionäre Oberleitung am besten erfolgen. Hier im Betriebe, und in der Zusammenfassung derselben in Industriegruppen kann der entscheidende, über den Lohnkampf der einzelnen Berufskategorien hinaus gehende Kampf am besten organisiert und durchgeführt werden. Es ist daher kein syndikalistischer Gedanke, der in der Entschließung zum Ausdruck kommt, sondern es ist die logische Anerkennung der Grundprinzipien des Räteystems. Die Redaktion der „Freiheit“ dagegen will den Gewerkschaften in ihrer heutigen Form Aufgaben zuweisen, die sie ihrer ganzen Natur nach nicht erfüllen können. Ganz abgesehen davon, daß ihre Leistungen zum größten Teile noch konservativ denken und viel zu kurzfristig sind, die Erfordernisse in der sozialen Revolution über ihre engen Berufs- und Organisationsgrenzen hinaus zu erkennen.

Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 17. November (Havas).

Obwohl die Wahlergebnisse noch nicht vollständig bekannt sind, zeichnet sich das Gesamtbild bereits deutlich ab. Der Erfolg der Politik Clemenceaus steht fest, und seine Anhänger gewinnen überall Boden, während die Oppositionsführer der radikalen Partei geschlagen sind. Die Sozialisten verlieren viele Sitze, besonders in den Nachbargebieten der Front, im Elsaß, in Lothringen, wo sie wahrscheinlich alle Sitze verlieren werden, in Paris, in Amiens und in der Gegend des Pas de Calais, wo sie gleichfalls alle Sitze verlieren. Albert Thomas ist gewählt. Die einzige Gegend, wo sich die Sozialisten behaupten, ist das Departement de Nord, das vom Reich besetzt war und wo die gewählten Sozialisten bis zum Ende des Krieges sich durch Patriotismus ausgezeichnet haben, indem sie namentlich im Jahre 1917 es ablehnten, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen, bevor der deutsche Militarismus völlig niedergeworfen sei.

Paris, 17. November. (Havas.)

Wie heute vormittag 11 Uhr waren 206 Wahlergebnisse bekannt. Davon erhielten die Republikaner der Linken 54 (davon 30 neue), die Radikalen 23 (15), die Sozialistisch-Radikalen 35 (15), die sozialistischen Republikaner 9 (3), die unaffilierten Sozialisten 15 (6), die Progressiven 31 (18), die Action Libérale 25 (20), die Konservativen 14 (9). Die Radikalen gewinnen 13 und verlieren 6, die Sozialistisch-Radikalen gewinnen 4 und verlieren 38, die sozialistischen Republikaner gewinnen 8 und verlieren 6, die unaffilierten Sozialisten gewinnen 3 und verlieren 12. Die Progressiven gewinnen 17, ebenso gewinnt die Action Libérale 17, die Konservativen gewinnen 5 und verlieren 4. Unterlegen sind u. a. Renaud, Paul Constant, Debaure, Hellen Prevost, Dabbes, Franklin Bouillon und Eugénier.

Von Mitarbeiterern Clemenceaus sind gewählt: Bonheur, Moq, Brygues, Abrami, Mandel, Abel und Albert Sarrout. Ferner sind gewählt: Deschanel, Blaisant, Briand, Serriot. Unterlegen sind: Kugagnour, Colliard, Renaud, Paul Morel. Auch Messimy scheint unterlegen zu sein. Renaudel ist nicht wiedergewählt. Auch Brizon, der Alençaler, nicht. Albert Thomas und Jules Guéde sind gewählt. Die Sozialisten sollen in den Departements Côte d'Or, Saône-et-Loire und Vosges vollständig aus. Jedenfalls auch im Departement Allier. Ihre Sitze erfahren eine beträchtliche Verminderung. Im Elsaß und in Lothringen scheinen nationale Mandatandidaten gewählt zu sein. Das dürfte bedeuten, daß dort kein Sozialist und kein Radikaler gewählt wurde. Im Departement Aveyron hat General Cosclanau gesiegt, in Reims General Maubrun.

Man wird auf tun, die Endresultate abzuwarten. Immerhin scheint es möglich, daß der Siegeswunsch große Teile des französischen Volkes blendet und sie dem Nationalismus in die Arme getrieben hat. Aber auch hier kommt das Erwachen.

Die belgischen Kammerwahlen.

Die Sozialisten die stärkste Partei.

Antwerpen, 17. November.

Als zur Stunde liegen etwa zwei Drittel der Wahlergebnisse vor. Danach werden die Sozialisten als die stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgehen, aber die Mehrheit bleibt sich in den Händen der bürgerlichen Parteien.

Brüssel, 17. November.

Wie „La Presse de Paris“ aus Brüssel mitteilt, ist in Belgien nach den bis spät abends vorliegenden Teilergebnissen die sozialdemokratische Stimmenzahl stark gewachsen. Der Sieg der Sozialdemokraten geht hauptsächlich auf Kosten der Liberalen, aber auch auf Kosten der Meritaten. In einigen flandrischen Bezirken scheinen die Klamen Erfolge gehabt zu haben.

Der deutsch-polnische Annahmevertrag.

T. U. Cypelin, 17. November.

Kontlich wird gemeldet: Der abgeschlossene deutsch-polnische Annahmevertrag gilt nicht allein für Oberschlesien, sondern auch als ein Abkommen für die Interessen der gesamten sächsischen Deutschschlesien. Er erstreckt sich auch auf Handlungen, die von Deutschen im Gebiete der polnischen Republik während der Okkupationszeit begangen worden sind. Die oberhalb genannten Handlungen konnten nicht ausgeübt werden, obwohl dies aus mancherlei Gründen erwünscht gewesen wäre. Grenzläden oder sonstige Verordnungen saßen nicht unter die Annahme, soweit es sich

um gemeine Verbrechen handelt. Auch gibt die Annahme keinen Freibrief für künftige Vergehen, auch politischer Natur. Nur unter diesen Voraussetzungen fand der Vertrag in der Nationalversammlung keinen Widerspruch.

Aus dem Baltikum.

Der Rückmarsch der baltischen Abenteurer.

Rdnigsberg, 17. November.

Der Befehlshaber der russischen Wehrarmee Awajow, der mondt begründet die Unterstellung seiner Truppen unter den Befehl des Generals v. Eberhard damit, daß er die militärische Lage für unhaltbar angesehen habe, weil die Letzen ein Bündnis mit den Bolschewisten geschlossen hätten und mit starken Kräften gegen Riga vorgingen.

Weiteren Meldungen zufolge habe die Reichsregierung angeordnet: 1. Vorschreiben von Lazarettärzten, vorausgesetzt, daß ehemals deutsche Verbände ohne jede Verbindung sich allen Anordnungen des Generals von Eberhard fügen. 2. Vorschreiben von Verpflegung für einwandfrei auf dem Rückmarsch befindliche deutsche Truppen, soweit es zur Durchführung des Rückmarsches unbedingt erforderlich ist. Es wird angestrebt, die demnächst eintreffenden Truppentransporte und Flüchtlingzüge, soweit irgend möglich nach dem Innern des Landes durchzuführen.

Rückzug der russischen Nordwestarmee.

Reval, 17. November.

Die russische Nordwestarmee hat Jamburg, die letzte Stadt auf dem eroberten Gebiet, aufgegeben. Die Eisenbahnbrücke bei Jamburg wurde von estnischen Truppen gesprengt.

Kriegsgefangenaustausch zwischen Estland und Rußland.

Reval, 17. November.

Laut einem Rundspruch Tschitschews werden russische Abgeordnete am Sonntag, den 16. November, die estnische Front passieren, um mit der estnischen Regierung Verhandlungen über den Austausch der Gefangenen aufzunehmen.

Ententeunterstützung für Estland.

Am 11. November, dem Jahrestage des Waffenstillstandes, empfing Marshall Foch den estnischen Gesandten in Paris Pusta, und den estnischen Militärvertreter, Oberstleutnant Puul. Er versprach die Unterstützung der Entente durch die Sendung von Waffen und Material nach Estland.

Das Randstaatenproblem.

Reval, 17. November.

Die am 14. November in Dorpat von den auf dem Boden des früheren russischen Reiches entstandenen selbständigen Staaten abgehaltene Spezialberatung hat grundsätzlich als wünschenswert anerkannt, daß die genannten Staaten in einem militärisch-politischen Verband treten, um ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu schützen, und teilt dieses allen vertretenen Regierungen mit. Sie wendet sich an den estnischen Außenminister mit dem Vorschlag, mit dem lettischen Außenminister in Unterhandlungen einzutreten, um die nötigen Schritte zur Einberufung einer besonderen Konferenz zur Beratung dieser Frage zu tun.

Kämpfe vor Libau.

Memel, 17. November.

Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Vor Libau haben am 14. November heftige Kämpfe stattgefunden, die mit einem Mißerfolg der Vermondi-Armee endeten.

Warum die Kohlenhalden brennen.

Ein Kohlenfachmann gibt unserem ober-schlesischen Mitarbeiter folgendes Bild von der gegenwärtigen Kohlentransportlage: Wenn es in den letzten Wochen vorlief, daß Kohlenhalden in Brand gerieten, so lag das an den mangelhaften Einrichtungen für die Kohlenlagerung. Anstatt daß man, wie in anderen Kohlenbezirken die Kohlenhalden unter Dach bringt und so die Möglichkeit der Entzündung durch Abschlebung von dem Luftwechsel herabmindert, wird in Oberschlesien die Kohle ganz im Freien gelagert. Das geschieht dadurch, daß man Kohlenhalden bis zu 10 und 20 Meter Höhe aufschichtet; durch den großen Druck müssen dann die unteren Kohlenpartien zum Schwählen kommen.

Das nun den Abtransport anbelangend, so ist in den ersten zehn Tagen der Verkehrsperre nicht ein einziger Waggon mit Halde Kohle gefüllt worden. Die Waggenstellung war und blieb so knapp, daß gerade die geschebte Kohle abgefahren werden konnte, das will nicht viel bedeuten, da wir bis zum 10. November nicht weniger als 3 arbeitsfreie Tage hatten und im November wegen der Gasfrühernte überhaupt viele Arbeiter aus der ländlichen Gegend erst zur Arbeit gekommen sind.

Alles in allem hat sich die Verkehrsperre in Oberschlesien als ganz zwecklos erwiesen, so weit ein erhöhter Transport von Kohle in Frage kommt.

3 Schriften

zur Frage der Internationale

ARTHUR CRAPIEN:

Die Internationale.

Vom Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution.

Anhang: Literaturverzeichnis. Preis 1.50 M.

ALEXANDER STEIN:

Das Problem der Internationale.

Anhang: Beschlüsse und Richtlinien der 2. und 3. Internationalen. Preis 1.50 M.

WALTER STOECKER:

Die proletarische Internationale.

Referat auf der Reichskonferenz der U. S. P.

10. September.

Preis 1.— M.

Die Schriften gelangen soeben zur Ausgabe. Bestellungen richten man an die

Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“

Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Helfferich treibt weiter Obstruktion.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

Fortsetzung aus dem gestrigen Abendblatt.

Der Rechtfertigungsversuch Helfferichs.

Die in unserer gestrigen Abendausgabe erwähnte, zu Protokoll des Untersuchungsausschusses gegebene Erklärung des Dr. Helfferich hatte im wesentlichen folgenden Wortlaut: 1. Der Ausschuss hat am 15. Nov. des Jahres beschlossen, mich, angeblich, weil ich mein Zeugnis ohne gefälligen Grund verweigert habe, zu einer Geldstrafe von 500 Mark zu verurteilen.

Ich erhebe gegen diese Verurteilung Einspruch. Eine Verweigerung des Zeugnisses liegt meinerseits überhaupt nicht vor. Ich war und bin nach wie vor bereit, vor dem Untersuchungsausschuß zu allen den Gegenständen seiner Untersuchung stehenden Angelegenheiten die von mir gewünschten Befragungen, soweit ich zu solchen in der Lage bin, zu machen. Ich habe mich lediglich geweigert, dem Abgeordneten Dr. Cohn Rede und Antwort zu geben. Da jede von mir vom Ausschuss gewünschte Befragung auf anderem Wege als durch Fragen des Abgeordneten Dr. Cohn herbeigeführt werden kann, ist diese meine Weigerung keine Zeugnisverweigerung. Andererseits verweigere ich eine gefällige Vernehmung, dem Abgeordneten Dr. Cohn, aus dem Grunde, weil dieser Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, Rede und Antwort zu geben, nicht anerkennen.

2. Der Grund für meine Weigerung, dem Abgeordneten Dr. Cohn Rede und Antwort zu geben, habe ich mitgeteilt, nachdem ich — nicht etwa vor, sondern erst nach dem mich wegen Zeugnisverweigerung verurteilenden Beschlusse des Ausschusses dazu aufgefordert worden war. Herr Dr. Cohn hat die Nichterledigung der von mir als Grund angeführten Tatsache, daß er in Deutschland während der Zeit russischer Bolschewisten durch Herrn Hoffe zur Revolutionierung Deutschlands entgegengenommen habe, zu bestreiten versucht. Diesem Versuch des Abgeordneten Dr. Cohn habe ich folgende Äußerung aus einer von ihm selbst am 26. Dezember 1919 durch das B.L.B. abgegebenen Erklärung gegenüber: „Bedarf es umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldstrafe, die mir die russischen Bolschewisten durch den Beschlusse des Ausschusses für die Zwecke der russischen Revolution zur Verfügung gestellt, gern entgegengenommen habe? Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution und bedauere nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubringen.“

Der Abg. Dr. Cohn hat mich wegen meiner durch keine eigene Erklärung bestätigten Behauptung in unrichtiger Verballhornung einen „Signer“ genannt, ohne daß der Herr Vorsitzende dagegen eingegriffen wäre. Ich, meinerseits, beschränkte mich auf die Feststellung des Widerspruches zwischen der Behauptung des Herrn Abg. Dr. Cohn vom 15. November 1919 und seiner eigenen Erklärung vom 26. Dezember 1919.

3. Der Herr Abg. Cohn hat bereits in der Sitzung vom 11. d. Mts. zum Ausdruck gebracht, daß die Untersuchung des Ausschusses sich gegen die Mitglieder der früheren kaiserlichen Regierung richte. Er hat hieraus ausgesprochen, daß er in mir den Angeklagten dieses Untersuchungsausschusses erblicke. Herr Dr. Cohn, dessen schwere Mißgunst an dem Justizminister mich zu der Weigerung, diesem Herrn Rede und Antwort zu geben, veranlaßt hat, sieht sich also mir gegenüber als Richter. Er bestreitet dadurch meine Auffassung, daß der Untersuchungsausschuß eine Mischung von Gerichtshof und parlamentarischer Kommission und daß die hierfür als Auskunftspersonen geladenen Mitglieder der alten kaiserlichen Regierung eine Mischung von Zeugen und Beschuldigten oder Angeklagten sind.

4. Demnach betrachte ich die Anwendung der Vorschriften der Strafprozeßordnung über den Zeugniszwang als unzulässig. Dagegen erachte ich als fängemäßige Anwendung der Strafprozeßordnung, daß den als Auskunftspersonen geladenen Mitgliedern der früheren kaiserlichen Regierung das Recht der Ablehnung von Mitgliedern dieses Ausschusses nach § 24 der Strafprozeßordnung zugestimmt wird. Die Ausübung dieses Rechtes behalte ich mir vor.

geb.: Dr. Helfferich, Staatsminister.

Bestmann verteidigt den Volksbetrug.

v. Bestmann Gollweg: Im besten Einklang mit dem heute vom Herrn Vorsitzenden erneut festgestellten verfassungsmäßigen Grundlagen dieses Ausschusses steht die bisherige Vorführung des Ausschusses wiederholt Einspruch eingelegt dagegen, daß Ergebnisse der Verhandlungen vor diesem Untersuchungsausschuß festgesetzt werden, bevor der Untersuchungsausschuß mit seiner Arbeit zum Ende gelangt ist. Insbesondere hat der Herr Vorsitzende wiederholt die Mahnung an die Presse geäußert, mit solchen Wertungen der bisherigen Ergebnisse zurückzuhalten. Diese Mahnungen sind vielfach auf ein unzulässiges Feld gefallen. Es wird mir erlaubt sein, auch meinerseits mein Bedauern darüber auszusprechen. Ich hoffe, daß der Ausschuss aus allen meinen bisherigen Äußerungen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß ich weitest von jeder parteipolitischen Tendenz lediglich bestrebt bin, der Wahrheit bei Feststellung der Tatsachen zu dienen. Ich habe heute früh einen Artikel im „Vorwärts“ gelesen, der Tatsachen der gegenwärtig noch im Laufe befindlichen Untersuchung als abgeschlossen hinstellt und daraus Konsequenzen zieht, die zu weiterer Verwirrung führen müssen. Es handelt sich um todeswürdigen, um einen scharfen Ausdruck zu gebrauchen, um den Vorwurf, das Volk sei hinterlistig getäuscht worden, einen Vorwurf, der ja auch in diesem Saale erhoben ist. Nun, daß eine Friedensvermittlung Wilsons eventuell zu erwerben war, lag im Herbst in der Luft. Ausdrücklich und öffentlich die Parteiführer über unsere auf eine Friedensaktion Wilsons gerichteten Schritte in Washington zu informieren, mußte ich bedenken tragen, aber nicht um das Volk hinterlistig zu täuschen, sondern im Gegenteil, um eine Friedensaktion Wilsons nicht von vornherein zu sabotieren, denn es lag auf der Hand, daß, wenn von unsleten Demagogen auch nur das Geringste durchgesprochen wäre, Wilson nicht mehr daran denken konnte, für den Frieden etwas zu tun. Aber auch die deutschen Verhältnisse machten es mir schieferdings unmöglich, die Parteien in solches Vertrauen zu ziehen. Ich entsinne mich genau, daß bei einer vertraulichen Besprechung, die ich mit den Führern der bürgerlichen Parteien am 11. Dezember 1918 hatte, die sehr ausgesprochene Abneigung der Mehrheit zum Ausbruch kam, den Frieden durch den Präsidenten Wilson vermittelt zu erhalten. Die bei den jetzigen Verhandlungen wiederholt besprochenen Animositäten gegen Amerika vor, eben zu dieser Zeit vertrauliche Besprechungen hätten mich nicht vor Veröffentlichungen gehalten, die die amerikanische Vermittlung als optionalen Schritt vertritt hätte. Die Sozialdemokratie aber, die auf anderem Boden stand, war doch nur eine Minoritätspartei, deren Zustimmung, wie die Dinge in Deutschland bei und nun einmal lagen, die Opposition der anderen Parteien nur verhöflicht haben würde.

Mit der Note des Präsidenten Wilson vom 18. Dezember wurde dessen Friedensaktion ebenso publico juris wie die Erklärung der Entente zur Friedensfrage überhaupt durch deren Antworten auf diese Note und auf unser Friedensangebot publico juris geworden ist. Daß der U-Bootbeschuß vom 9. Januar ohne Kenntnis des Reichstages gefaßt wurde, folgte notwendig aus dem Charakter dieses Beschlusses als der Entscheidung über eine militärische Aktion. Um den Erfolg dieser Aktion nach Möglichkeit zu sichern, mußte sie, soweit es in der Macht der zuständigen Stellen stand, vor aller Welt geheim gehalten werden.

Ueber die Ereignisse, welche sich an das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 28. Januar angeschlossen, habe ich, sobald es mir möglich war, die Parteien informiert. Hätte ich alles noch einmal zusammen, so ergäbe sich, daß die Geheimhaltung unserer Schritte in Washington lediglich eine Förderung der Wilsonschen Friedensaktion, die Geheimhaltung des U-Bootbeschlusses lediglich die Fernhaltung aller militärischen Schädigungen von diesem Kriegsmittel im Auge gehabt hat. Daß die Reichstagsparteien niemals im unklaren darüber gewesen seien, daß der U-Bootkrieg den Krieg mit Amerika nach sich ziehen werde, ist eine Legende. Sollte der Ausschuss in dieser Beziehung noch Zweifel hegen, so beantrage ich, daß die stenogra-

phischen Berichte über die Sitzungen der Haushaltskommission, welche sich mit dem U-Bootkrieg in seinen verschiedenen Phasen befaßt hat, zurate gezogen werden. Trotz dieser Kenntnis von der Bedeutung des U-Bootkrieges gegenüber Amerika ist eine

Kompakte Reichstagsmehrheit Anhängerin des U-Bootkrieges

gewesen, falls er von der Obersten Heeresleitung für nötig gehalten wurde.

Vorsitzender Goltz: Wir haben von dieser Erklärung Kenntnis genommen. Auch wir halten es für wünschenswert, die stenographischen Protokolle des Ausschusses heranzuziehen. Da aber nur die Reden des Reichstagslers und seiner Stellvertreter wörtlich stenographiert worden sind, wird es notwendig sein, die betreffenden Mitglieder des Reichstages hier als Zeugen zu hören.

v. Bestmann Gollweg: Ich würde anheimgeben, meinen Antrag so zu fassen, daß auch die Parteiführer, mit denen ich wiederholt vertraulich Rücksprache gehalten habe, darüber befragt werden, ob es richtig ist, daß ich mein Widerstreben gegen den U-Bootkrieg in all den Wochen, in denen ich ihm sehr scharf widerprochen habe, begründet habe auf meine Annahme, daß die Zahl unserer U-Boote zu gering sei, und darauf mich gestützt habe, daß uns der U-Bootkrieg in einen Krieg mit Amerika verwickeln würde, und daß ich das Ding zu streiten eines neuen Feindes unter allen Umständen vermeiden möchte.

Vorsitzender Goltz: Das ergibt sich aus den Akten des Haushaltsausschusses.

Reichsminister Dr. Dautz: Die Ausführungen des Reichstagslers laufen darauf hinaus, einen großen Teil der Mitverantwortung dafür, daß wir durch den rücksichtslosen U-Bootkrieg in den Krieg mit Amerika hineingekommen sind, auf das Parlament zu schieben. Nach seinen Ausführungen war der Reichstag als Nachhelfer fast genug, um unter Umständen auch einen solchen Beschluß der Obersten Heeresleitung zu widerstreben. Der Reichstagsler vertritt den Standpunkt, der Reichstag sei ausdrücklich unterrichtet gewesen über die Konsequenzen des rücksichtslosen U-Bootkrieges hinsichtlich Amerikas. Ich kann diesen Standpunkt nicht teilen; ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn der Reichstag die Lage so, wie sie sich aus dem Depechenwechsel zwischen Washington und Berlin ergab, wirklich gekannt hätte, er kein ganzes Schwergewicht in die Waagschale gelegt hätte, um den verhängnisvollen Beschluß rückgängig zu machen.

Ich ziehe diese Folgerung einmal daraus, daß die entscheidenden Erklärungen unseres Reichstagslers, der Krieg mit Amerika sei unvermeidlich, wenn der unbefristete U-Bootkrieg beschlossen werde, dem Reichstage nicht mitgeteilt worden sind. Als dann im Laufe des Sommers 1917 diese Mitteilungen des Reichstagslers durchsickerten, erregten sie im Parlament das größte Aufsehen und trugen wesentlich mit dazu bei, daß die Dinge im Sommer innerpolitisch die Wendung nahmen, die sie genommen haben. Ich bleibe also dabei, daß eine ausreichende Unterrichtung des Parlamentes nicht stattgefunden hat.

v. Bestmann Gollweg: Dem Reichsminister Dr. Dautz möchte ich nur sagen, daß es ein öffentliches Geheimnis in der ganzen Welt war, daß der U-Bootkrieg den Krieg mit Amerika nach sich ziehen würde.

Dr. Helfferich fährt nunmehr in seiner Vernehmung fort: Nach der Ablehnung unseres Friedensangebotes und nach dem Scheitern der Friedensaktion des Präsidenten Wilson war der U-Bootkrieg auch nach meiner Ansicht zu einer unentzerrbaren Notwendigkeit geworden. Er mußte gemacht werden mit und ohne Parlamentsmehrheit, und er ist gemacht worden mit Parlamentsmehrheit. Es fragt sich höchstens, ob diese Stellungnahme des Parlamentes herbeigeführt worden ist durch eine falsche oder unvollständige Information. Aber auch davon kann gar keine Rede sein. Nicht nur einmal, sondern ein dutzendmal ist von mir in der bestimmtesten Form der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß der unbefristete U-Bootkrieg uns den Krieg mit Amerika bringen würde.

Dr. Singheimer bestätigt, daß Helfferich damals dem Reichstag die Gefahren klar geschildert habe. War es nicht angebracht, die Verantwortung dieser Reichstagsmehrheit aufs äußerste zu steigern, indem Sie sagten: Ich werde niemals die Verantwortung für die Entscheidung dieser Reichstagsmehrheit tragen?

38) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germinia zur Mühlen.

Die nebelhaften Sphären der ungeheuren Außenwelt bewegten sich wachsbewußt ihren Zielen entgegen, und Dizzies armer, schwächlicher Gatte versteifte sich darauf, ihnen den Weg zu verstellen. Zum vierten oder fünften Male, seit Dizzie ihn kannte, hatte er nun keine Stelle verloren und lief Gefahr, ins Gefängnis geworfen, oder gelehrt und gefoltert zu werden. Da die Kontroversen heftiger, die Gefahren größer wurden, versief Dizzie in einen Zustand, der als chronische Dystonie hätte diagnostiziert werden können. Heimliche Tränen entzündeten ihre Augen; bei dem geringsten Anlaß begann sie zu weinen und warf sich ihrem Mann in die Arme. Dies war dann gleichsam immer ein Signal für Jimmie Juniors stets schreiberechte Kehle, und die Meinen folgten seinem Beispiel. Jimmie senior verhartete bestürzt und hilflos. Dies war eine Reife des heroischen Lebens, die von den Vätern verachteten wurde. Er fragte sich, ob es je in der Geschichte einen verheirateten Märtyrer gegeben hatte. Und wenn ja, was hatte dieser Märtyrer mit seiner Familie angefangen?

Jimmie verstand, seiner verzweifelten Frau Klar zu machen: Es handelte sich darum, ein Hundertmillionenvolk vor dem Ausbruch des Krieges zu bewahren. Was lag im Vergleich hierzu an einem einzelnen Menschen? Doch ach, dies Argument verfehlte völlig seine Wirkung, denn für Dizzie bedeutete dieser einzelne Mensch mehr als die übrigen 99 999 999, und außerdem, was vermochte der einzelne zu tun? Ein armer, unbedeutender, stellenloser Arbeiter? —

„Es ist doch die Organisation!“ rief er. „Wir alle zusammen, die Partei! Wir haben gelobt, zusammenzuhalten, wir müssen es tun. Wenn ich aussteige, bin ich ein Feigling, ein Verräter! Wir müssen die Arbeiter aufklären!“

„Das könnt ihr nicht!“ unterbrach ihn Dizzie.

„Wir tun es ja jetzt schon! Komm und schau dir an, wie wir arbeiten.“

„Und was können die Arbeiter tun?“

Diese Braue raste Jimmie zu einer Propagandarede.

an: „Was die Arbeiter tun können? Frag lieber, was sie nicht zu tun vermögen! Wie kann ohne Arbeiter ein Krieg geführt werden? Wenn sie bloß alle zusammenhielten, sich vereinigt gegen die kapitalistischen Unterdrücker erhoben...“

„Das werden sie nicht tun.“ schluchzte die Frau. „Sie brauchen dich und deine Lehren nicht. Du aber wirst entlassen, oder halbtot geprügelt werden, wie der arme Bill Murray...“

„Ist das etwa ärger als in den Krieg zu ziehen?“

„Du ziehst ja nicht in den Krieg.“

„Wer sagt das? Wenn Amerika in den Krieg eintritt, muß auch ich mit, werde dazu gezwungen werden. Wenn ich mich weigere, wird man mich erschießen. Geschieht das denn nicht in England, Frankreich, Rußland und allen diesen Ländern?“

„Wird man es auch hier tun?“ fragte Dizzie entsetzt.

„Freilich. Darauf bereiten sie sich vor — und das wollen wir ja eben verhindern. Du hast keine Ahnung, was in diesem Lande vor sich geht. Hör mich an!“

Jimmie holte die letzte Nummer des „Arbeiter“ aus der Tasche, welche die im Kongreß gehaltenen Reden brachte, in denen die Dienstpflicht gefordert wurde. Dies sei der erste Schritt zum Krieg. „Siehst du denn nicht, worauf es hinausgeht? Wir aber werden sie aufhalten, und müssen dies jetzt tun, sofort, bevor es zu spät ist. Ist es für mich nicht ebenso gut, ins Veeshiller Gefängnis zu kommen, als nach Europa verbannt zu werden und dort totgeschossen oder unterwegs von einem Unterseeboot versenkt zu werden?“

So kam eine neue Angst in Dizzies Leben, die ihr in diesen Nächten den Schlaf raubte und in ihrem mütterlichen Herzen den Gedanken aufsprießen ließ, daß am Ende auch sie der Weltkrieg etwas angehe. Was würde aber dann aus den Babys werden?“ jammerte sie, und Jimmie entgegnete: „Wer kümmert sich unter diesem teuflischen kapitalistischen System um Arbeiterkinder?“

II.

Derart setzte Jimmie für kurze Zeit seinen Willen durch; er ging täglich nach Veeshiller, verteilte Flugblätter, hielt die Loterie bei Versammlungen, wo die Sozialisten von eifrigeren Leuten gelehrt, von andern verteidigt wur-

den, und bisweilen die Polizei einschreiten mußte, um einen Aufbruch zu verhindern. Es war die Zeit, da eine kampflustige Majorität im Senat die Kriegserklärung gegen Deutschland durchsetzen wollte, und eine kleine Schar Pazifisten sie daran hinderte, was den Ausschuss für einige Monate bedeutete. Das Verhalten der Pazifisten wurde den verschiedenen Anscheinungen gemäß beurteilt. Der Präsident nannte sie starrköpfige Männer, und die Wall-Street-Zeitungen hätten sie am liebsten gehängt; Jimmie und seine Genüßgenossen jedoch deuteten sie helden und Freunde der Menschheit. Die Sozialisten brachen vor, der Präsident sei vor vier Monaten durch pazifistische Stimmen, im Vertrauen auf ein pazifistisches Programm, wiedergewählt worden, und nun reihe er das Band in den Krieg und verdamme jene, deren Ueberzeugung er einst geteilt hatte.

Und dann ereignete sich etwas, das Jimmie mit wohnsinniger Erregung erfüllte. Drei Tage lang war die Welt von Petrograd abgeschnitten, dann kam eine den ganzen Erdball elektrifizierende Nachricht: Der Zar ist gestürzt, das russische Volk ist frei! Jimmie traute seinen Augen kaum, drei Abende später bog er sich ins Lokal der Disgrupppe und fand die Kameraden in einer Stimmung vor, als sei die ganze Welt ihr eigen. Da war sie, die sie gepredigt und verkündet, tagen, tagaus, all die kühneren, mühseligen Jahre hindurch, unter Hohn, Gaf und Verfolgung, da war sie, die soziale Revolution, und Kopfte an die Tore der Welt. Sie wird sich ausbreiten, durch Oesterreich und Deutschland, durch Italien, Frankreich, England bis nach Veeshiller! Allüberall wird den Völkern werden, was ihrer ist, Krieg und Tyrannei werden wie ein höllischer Spuk verschwinden! Redner um Redner erhob sich, diese glorreiche Zukunft zu künden, die Marschälle und die Internationale drängten auf, anwesende Russen fielen einander in die Arme, während Tränen über ihre Wangen flossen. Es ward beschlossen, sofort ein Massenmeeting zu veranstalten, um der Stadtbevölkerung dieses einschneidende Ereignis zu erläutern, desgleichen wurde die Resolution angenommen, entschlossener denn je gegen den Krieg zu kämpfen. Nun, da die soziale Revolution an die Tore der Welt pocht, hat es für Amerika wahrlich keinen Sinn, sich mit dem Militarismus einzulassen.

Fortsetzung folgt.

Dr. Helfferich: Darauf werde ich später antworten. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Reichstag über die Friedensfrage Billigens ausreichend unterrichtet worden ist. Von dieser Frage war zum erstenmal im April die Rede. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wurde die Sache aber immer hinausgeschoben. Aus Amerika kamen ausweichende Erklärungen. Glaubten Sie, daß die Mitteilung dieser Umstände Stimmung für eine Friedensvermittlung Billigens gemacht hätte? Mein persönlicher Eindruck war, wir hielten auch ohne U-Boot-Krieg in den Krieg mit Amerika hinein.

Vorj. Ostheim: Es lag damals bereits ein fait accompli vor, an dem der Reichstag nicht rütteln konnte, da der uneingeschränkte U-Boot-Krieg am 9. Januar beschlossen war.

Das unterdrückte Telegramm.

Reichsminister Dr. David Helfferich, daß das letzte Telegramm Bernstorffs in seiner Sitzung vorgelesen habe. Es sei damals nicht erklärt worden, daß der Krieg mit Amerika unabweislich sei. Man hätte vielmehr nur an einen Abbruch der Beziehungen geglaubt. Dieses Telegramm Bernstorffs habe aber ausdrücklich erklärt: Wenn jetzt ohne weiteres U-Bootkrieg begonnen wird, wird Präsident dies als Schlag ins Gesicht betrachten und Krieg mit Amerika ist unvermeidlich. Hätte dieses Telegramm vorgelesen, dann wäre die Situation ganz anders angesehen worden, dann hätte er selbst nicht in dieser Sitzung erklärt, er hoffe, daß die schlimmsten Befürchtungen nicht eintreten werden. Dann hätte er auch im Juli 1917 nicht übermäßig sein können, als dieses Telegramm Bernstorffs bekannt wurde.

von Bethmann Hollweg: Ich habe auf die Mitteilung eines so tüchtigen Vorkämpfers wie des Grafen Bernstorff großes Gewicht gelegt. Die Kontrolle ist aber nicht ohne weiteres immer in der Hand der Vorgesetzten ihrer Vorgesetzten zu legen, weil sie selbst die Gesamtlage besser überblickt.

Dr. Singheimer: Rühre der uneingeschränkte U-Bootkrieg als einziges Mittel eingeseht werden, um Deutschland vor der Niederlage zu bewahren, oder gab es noch eine Möglichkeit, andere Wege zu gehen?

Ich denke einmal an den Vermittlungsversuch der neutralen Macht und sodann an eine bestimmte Erklärung zur belgischen Frage. Aus den Akten ergibt sich, daß damals im Januar 1917 einer unserer Militärattachés bei einer großen Macht folgendes berichtet hat:

„Es liegt auf der Hand, daß wir auch heute schon die Friedensfrage fördern könnten, wäre es möglich, die Friedenspartei in England davon zu überzeugen, daß der schwere opferlosende Kampf um das Kriegsziel Belgien unnötig ist. Wir kommen um die belgische Frage nicht herum. Ich verstehe alle Gründe sehr wohl, die gegen eine Lösung der belgischen Frage in einem den Frieden fördernden Sinn im gegenwärtigen Zeitpunkt sprechen. Darüber muß man sich aber vollkommen klar sein, daß die Befreiung von Belgien aber auch nur von einem kleinen Stück Belgien weder heute, noch jemals zu erreichen ist. Der Belgien behalten will, muß der Welt den Frieden diktiert haben. Darüber ist ein Faktum mit der Welt von heute nicht möglich.“

Die Kernfrage ist und bleibt, worüber ich schon mit Erzengel Helfferich privat gesprochen habe, warum das letzte Mittel des U-Bootkrieges eingesetzt und warum nicht durch eine

Erklärung über Belgien

eine letzte Friedenskarte ausgespielt wurde. Nur dadurch hätten wir bei den Gegnern den Willen zur Verhandlung schaffen können, auf dem allein es ankam.

von Bethmann Hollweg: Auf die Angelegenheit der neutralen Macht kann erst eingegangen werden, wenn die Verhandlungen darüber zum Abschluß gekommen sind. Im übrigen habe ich meine Stellungnahme vom 9. Januar zum U-Bootkrieg dadurch begründet, indem ich gesagt habe: nach der Antwort der Entente ist eine Verhandlungsbereitschaft ausgeschlossen. Nun fragt Dr. Singheimer, warum ich durch eine Erklärung über Belgien diese Verhandlungsbereitschaft nicht geschaffen habe, und damit wird das Problem angefaßt, ob es von Anfang an nicht richtiger gewesen wäre, die ganz bestimmte Erklärung einer Wiederherstellung Belgiens abzugeben. Eine solche Erklärung in dem Augenblick, wo die Entente uns Friedensbedingungen stellte, die eine Vertrimmerung Deutschlands bedeuteten, wäre politisch unklug gewesen. Später ist ein Augenblick gekommen, wo ich im Begriffe war, eine solche Erklärung öffentlich abzugeben, weil ich diesen Augenblick psychologisch für richtiger hielt. Aber darüber werde ich nicht später äußern. Im Dezember 1916 oder Januar 1917 war dieser Augenblick dafür nicht geeignet.

Abg. Dr. Singheimer: Die Erklärung, wir würden Belgien nicht annektieren, genügt nicht; darunter konnte das Ausland verstehen, daß wir Teile von Belgien, z. B. Lüttich, annektieren wollten. Außerdem war ja wiederholt offiziell erklärt worden, daß wir Garantien haben müssen, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in die Hand bekommen müßten. Unter diesen Umständen konnte unsere Erklärung nach Washington keine befriedigende Wirkung haben.

v. Bethmann Hollweg: Ich habe niemals erklärt, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Hand bekommen müßten.

Dieser Satz kommt von Dr. Spahn

und nur aus tatsächlichen Gründen habe ich es für zweckmäßiger gehalten, nicht ausdrücklich zu widersprechen. Nun sagt Dr. Singheimer, daß wenn wir damals für die volle Unabhängigkeit Belgiens eingetreten wären, wir bei der Entente vielleicht die Verhandlungsbereitschaft erzeugt hätten. Das ist Dr. Singheimers Überzeugung, meine Überzeugung war anders.

Dr. Helfferich: Auch dem kann ich mich nur anschließen. Nebenbei hat damals der ganze Reichstag, mit Ausnahme der Unabhängigen, eine Erklärung auf volle Wiederherstellung Belgiens abgelehnt.

Wenn Wilhelm sich einmischte.

Abg. Dr. Singheimer: Am 12. Dezember war das Friedensangebot abgegangen, am folgenden Tage trat der Kaiser in Malsbäumen für den Siegfrieden ein. Durch eine Inzidenz wurde diese Rede durch W. L. B. ins Ausland verbreitet, und auf die Wirkung dieser Rede im Ausland verweist die Ablehnung unseres Angebotes mit zurückzuführen. Zunächst waren die Berichte aus neutralen Ländern absolut günstig. Wäglich schlug die Stimmung um, weil, wie es an einer Stelle in den Akten heißt, die Rede des Kaisers geradezu verheerend gewirkt hatte.

Prof. Bonn: Bei der Beurteilung der Haltung des Präsidenten Wilson ist es wichtig festzustellen, daß er es ursprünglich abgelehnt hat, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, und daß ihm nur die Mitwirkung beim Zustandekommen des Völkerbundes vorstand. Dieser war allerdings abhängig von dem Inhalt der Friedensbedingungen. Auch auf die pazifistische Frage sollte kein Wort fallen, wonach kein Machthaber ein Recht habe, einen Bevölkerungsanteil wie eine Ware an einen andern Machthaber abzugeben. Das Entscheidende bei den Friedensbedingungen war, daß Wilson ausdrücklich erklärte, er wolle keinen Gewaltfrieden, sondern einen Frieden ohne Sieg.

Dr. Helfferich: Was die polnische Frage anlangt, so trifft es ungenau zu, was Graf Bernstorff gesagt hat, daß Wilson von den Bestimmungen am Oben Deutschlands gar keine An-

nung hatte, sonst hätte er wissen müssen, daß die polnische Frage eine Preußen und Deutschland besonders nahe berührende Angelegenheit sei. Bei Wilson lag eine völlige Verständnislosigkeit für unsere Lebensbedingungen vor, er erkannte das Bemühenprogramm der Entente nicht als ein solches.

Vorj. Ostheim: Dr. Helfferich hat gesagt, Amerika wäre auch ohne den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in den Krieg mit Deutschland eingetreten.

Dr. Helfferich: Das hat ja Graf Bernstorff selbst beklundet. Graf Bernstorff: Ich habe natürlich gewußt, daß Wilson und die amerikanische Öffentlichkeit nicht freundlich gesinnt waren. Unter diesem Gefühl der Unsicherheit habe ich gerade in Washington zu leiden. Unsere Ansichten gehen nur insoweit auseinander, wie wir uns gegenüber dieser Unfreundlichkeit verhalten hätten, und da war ich der Ansicht, daß es nur eine Möglichkeit gab, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszulassen, nämlich ihre Vermittlung anzunehmen. Hätten wir das getan, so hätte Wilson den Krieg gegen uns gar nicht eröffnen können, selbst wenn er gewollt hätte.

Sachverständ. Prof. Bonn: Die Senatsbotschaft wird ganz mißverstanden. Auch sie hatte nur den Zweck, einen Druck auf die Entente auszuüben.

Die amerikanische Öffentlichkeit war damals deutschfeindlich geworden,

wegen der verteuerten Lebenshaltung.

von Bethmann Hollweg: Die Aufgabe des Grafen Bernstorff ist von ausschlaggebender Bedeutung. Er mußte, daß Amerika vom Eintritt in den Krieg gegen Deutschland nur hätte abgehalten werden können dadurch, daß wir Amerika Friedensvermittlung annehmen. Das wird stimmen. Wenn wir aber Wilson als Sockel annehmen, müßten wir jede Bedingung annehmen, die er uns auflegte. Wir wären völlig in seiner Hand gewesen, denn eine Abkündigung hätte bedeutet: Erneuerung des Krieges mit der Entente und mit Amerika. Wir hätten den Präsidenten am 30. Januar telegraphisch, daß wir den U-Bootkrieg sofort einstellen würden, wenn Präsident Wilson uns brauchbare Sicherungen an die Hand geben würde für einen annehmbaren Frieden. Wäre Wilson in seinem Herzen und mit seinem politischen Willen bereit gewesen, der Welt unter höheren Gesichtspunkten einen Frieden vorzuschlagen, was hinderte ihn daran, unser Telegramm vom 30. Januar wenigstens zu beantworten? Nun sagen Prof. Bonn und Graf Bernstorff, wir hätten Wilson sofort erklären sollen, daß die U-Boote zurückzurufen wären, und daß man es uns nicht übel nehmen dürfe, wenn gleichwohl ein Unglück passiere. Was ist aber der sachliche Unterschied dieses Vorschlages gegenüber unserem Verhalten? Hätte Wilson auf unser Telegramm vom 30. Januar sofort geantwortet, der rätselhafte U-Bootkrieg hätte höchstens zwei oder drei Tage gedauert. Aber Wilson hat unser Telegramm vom 30. Januar so mißachtet, daß er überhaupt keine Antwort darauf gegeben hat.

Die weitere Verhandlung wird nunmehr auf nachmittags 1/2 Uhr vertagt.

Bei Wiedereröffnung der Verhandlungen äußerte sich der Sachverständige Grafen v. Bernstorff zu einer Bemerkung Dr. Singheimers, ob nicht die deutsche Regierung durch Bekanntgabe unserer Friedensziele dahin hätte wirken können, daß unsere Gegner Friedensbereiter würden und der Eintritt der Friedensverhandlungen im feindlichen Ausland gestärkt worden wäre. Nach Ansicht und den Erfahrungen des Sachverständigen wäre ein derartiger Eindruck weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu erwarten gewesen, mit der Bekanntgabe der Friedensziele wäre, wie mit dem Friedensangebot, nur der Eindruck der Schwäche gemacht worden.

Wirtschaftliche Fragen.

Vorsitzender Ostheim: Wir kommen jetzt zu den wirtschaftlichen Fragen. In einem sehr umfangreichen Schreiben ist mir mitgeteilt worden, daß in den ersten Tagen von 1917 im Reichsamt des Innern von einem höheren Beamten eine Denkschrift in Verbindung mit der Denkschrift des Admiralsstabes ausgearbeitet worden sei.

Dr. Helfferich: Daß eine Denkschrift ausgearbeitet worden sei, ist mir nicht bekannt, wenn ich auch die amerikanische Presse hinsichtlich der Getreideverteilung genau habe verfolgen lassen. Angesichts der schlechten Entlage von 1916 stand bei mir und auch beim Herrn Vorsitzenden der Eindruck fest, daß eine schwere Gefährdung der Ernährung Englands vorhanden sei.

Abg. Dr. Cohn richtet eine Frage an Dr. Helfferich. Wenn auch die Getreidezufuhr Englands zurückging, so wurde doch noch Reis eingeführt?

Vorj. Ostheim (einfachend): Ich hatte ebenfalls die Absicht, diese Frage bezüglich des Reis zu stellen. Daneben kommt auch noch die Einfuhr von Getreide- und Wäckerfleisch für die Versorgung Englands in Frage.

Helfferich lehnt keine Frechheiten fort.

Dr. Helfferich: Ich werde dem Vorsitzenden auf diese Frage antworten. (Heiterkeit.)

Dr. Cohn: Aber das geht doch nicht!

Vorj. Ostheim: Ich möchte dringend bitten, jegliche Weislaunigkeit zu unterlassen, sonst bleibt mir nichts anderes übrig, als das Lokal zu räumen.

Dr. Cohn: Ich wende mich an den Ausschuss und bitte ihn, Kenntnis zu nehmen von der Äußerung, die gegen Dr. Helfferich getan hat. Ich habe eine Frage gestellt, deren Sachlichkeit soeben dadurch bestätigt worden ist, daß der Vorsitzende sie aufgenommen hat. Darauf hat der Herr Juge erklärt, er werde dem Vorsitzenden antworten. Der Ausschuss muß zu dieser Antwort Stellung nehmen.

Vorj. Ostheim: Ich habe bereits neulich festgestellt, daß nach der Geschäftsordnung und nach den gesetzlichen Vorschriften der Verfassung jedes Mitglied dieses Ausschusses berechtigt ist, Fragen zu stellen und daß diese Fragen von dem Juge, der bei Eintritt in die Verhandlungen den Eid abgelegt hat, daß er die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen wolle, abgelehnt ihm bekannt war, wie dieser Ausschuss zusammengelehrt ist beantwortet werden müssen.

Dr. Helfferich: Ich bin bereit, bezüglich der Einfuhr von Reis usw. die reine Wahrheit auszusagen. Eine Zeugnisverweigerung liegt nicht vor. Ich habe heute früh eine Erklärung abgegeben, wie die Verhandlungen weiter zu führen seien. Ich erkläre mich nochmals bereit, die sachliche Frage zu beantworten.

Dr. Singheimer: Sie haben durch den Ton Ihrer Worte erkennen lassen, daß Sie nur dem Vorsitzenden Auskunft geben wollen und nicht einem bestimmten Mitgliede des Ausschusses. Für uns ist nur die Verfassung ausschlaggebend und nicht die Auffassung des Juges.

Dr. Helfferich: Ich habe in meiner Erklärung den Weg gezeigt, wie die Verhandlungen weitergehen können, ohne daß der Ausschuss und ich in eine Situation kommen, die die Fortführung der Verhandlungen unmöglich machen.

Vorj. Ostheim: Ich habe erklärt, daß der Ausschuss sich mit dieser Erklärung befassen wird. Eine Möglichkeit dazu lag bisher nicht vor. Ich kann nicht zugeben, daß Sie verfahren wollen, welche Wege der Ausschuss zu gehen hat. Wir können uns nur nach der Verfassung und nach der Geschäftsordnung richten. Danach ist Antwort zu geben auf jede Frage, die von einem einzelnen Mitgliede gestellt wird.

Abg. Warmuth: Ich halte es für notwendig, daß jetzt die Erklärung Dr. Helfferichs verlesen wird.

Vorj. Ostheim: Der Ausschuss wird sich zur Bechlussfassung zurückziehen.

Um 5 1/2 Uhr zieht sich der Ausschuss zurück.

Nach etwa einstündiger Beratung verläßt der Vorsitzende Abg. Ostheim folgenden Beschluß:

Der Ausschuss hat den Antrag des Abg. Warmuth, den Einspruch des Juges Dr. Helfferich gegen den Strafbefehl vom Sonnabend zur Verteilung zu bringen, mit vier gegen zwei Stimmen bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn abgelehnt.

Ich frage Erzengel Helfferich nunmehr, ob noch andere Gründe gegen die Zeugnisverweigerung vorgebracht werden, als in dem Einspruch enthalten sind?

Dr. Helfferich: Eine Zeugnisverweigerung gegenüber dem Abg. Dr. Cohn kenne ich nicht. Ich bin bereit, Auskunft zu geben. Ich habe aber mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß es sich hier für mich um eine grundsätzliche und endgültige Stellungnahme handelt. Die Gründe, weshalb ich dem Abg. Dr. Cohn nicht Rede und Antwort stehe, unterbreite ich hiermit nochmals.

Helfferich abermals zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Vorj. Abg. Ostheim: Der Ausschuss ist der Meinung, daß irgendwelche Gründe zur Verweigerung des Zeugnisses gegenüber Fragen eines einzelnen Mitgliedes nicht vorliegen, und daß deshalb die Verweigerung solcher Antworten eine Zeugnisverweigerung darstellt.

Der Ausschuss hat infolgedessen beschlossen, den Staatsanwalt a. D. Dr. Helfferich wieder in die höchst zulässige Strafe von 300 Mark zu nehmen.

Das Stimmenverhältnis bei dieser Abstimmung war wiederum vier gegen zwei bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn. (Dr. Helfferich bittet ums Wort.) Eine Auseinandersetzung darüber gibt es nicht. Sie haben das Einspruchrecht.

Dr. Helfferich: Eine zweimalige Verurteilung zur höchsten Geldstrafe wegen Zeugnisverweigerung ist nach meiner Meinung nicht zulässig.

Vorj. Abg. Ostheim: Wir können uns darüber nicht in eine Diskussion einlassen.

Dr. Helfferich: Ich erhebe Einspruch.

Fortsetzung der Vernehmung.

Abg. Dr. Singheimer: Nach der Denkschrift des Admiralsstabes sollte der U-Bootkrieg England ja in sechs Monaten zum Frieden genötigen können. Wor das richtig, dann konnte man vielleicht dem Druck mit Amerika keine besondere Bedeutung mehr zulegen. Hielten Sie die Auffassung des Admiralsstabes über eine zeitliche Fixierung überhaupt für möglich?

Dr. Helfferich: Es handelt sich um eine Denkschrift des Admiralsstabes, mit der ich mich identifizieren werden kann. Wenn ich die Sicherheit gehabt hätte, daß England bis zum 1. August niedergezungen sein würde, dann wäre ich ja ein Idiot gewesen, wenn ich nicht mit allen Mitteln für den U-Bootkrieg eingetreten wäre. Ich hatte die schwache Hoffnung, daß dies gelingen könnte, aber die Sicherheit hatte ich nicht.

Abg. Dr. Singheimer: Die Denkschrift lag dem Reichstage vor und hat da vielleicht ausschlaggebend gewirkt.

Dr. Helfferich: Für mich war sie nicht ausschlaggebend.

Abg. Dr. Singheimer: Diese Denkschrift stützt sich auf Untersuchungen, an denen außer Dr. Leeb keine wissenschaftlich GröÙe mitgearbeitet hat, womit nicht gesagt sein soll, daß Dr. Leeb eine wissenschaftliche GröÙe ist (Heiterkeit). Genügt diese Methode für die Aufstellung einer so wichtigen Denkschrift?

Dr. Helfferich: Ich habe innerdemals meine Einwendungen vorgebracht und sehe keine Veranlassung, über die Art und Weise, wie ich in diesem Punkt meine Pflicht getan habe, mich hier auszulassen.

Abg. Dr. Singheimer: Sie haben gegen die Denkschrift polemisiert und gegen die Gutachter erhebliche Einwendungen vorgebracht.

Dr. Helfferich: Das ist richtig. Ich habe in einem ausführlichen Gutachten an den Reichskanzler meine Meinung über die Denkschrift ausgesprochen. Ich werde mich aber nicht dazu verstehen, vor diesem Gremium, vor das die Frage nicht gehört, mich in eine wissenschaftliche Kritik dieser Denkschrift einzulassen.

Vorsitzender Abg. Ostheim: Nicht ein einziger Vertreter der deutschen Seefahrt ist gefragt worden.

Dr. Helfferich: Auch darüber ist gesprochen worden.

Abg. Dr. Singheimer: Ist es richtig, daß die Denkschrift erst am 8. Januar zu Ihrer Kenntnis kam, daß Sie dann in der Nacht vom 8. zum 9. Januar sie durchgearbeitet haben und daß Sie dann das Telegramm an den Reichskanzler richteten?

Dr. Helfferich: Die Denkschrift ist mir in der Tat erst am 6. Januar zugeleitet worden.

Abg. Dr. Singheimer: Nun sind aber alle die Hoffnungen nicht eingetreten, die auf den U-Bootkrieg zum 1. August gesetzt worden sind. England war nicht zum Frieden genötigt.

Dr. Helfferich: Sie zwingen mich, auf Fragen zurückzukommen, die ich ausweichen will. Der U-Bootkrieg hätte gewirkt, wenn er nicht von innen heraus paralytisiert worden wäre.

Abg. Dr. Singheimer: Nach der Denkschrift des Admiralsstabes sollte England schon nach fünf Monaten, also am 1. Juli, niedergezungen sein, die Reichsangehörigen aber davor vom 10. Juli.

Dr. Helfferich: Wir wollen über Tage nicht streiten. Die Wirkung des U-Bootkrieges war so stark, daß nach einigen Monaten ganz bestimmte Symptome einer Friedensgeneigtheit bei den Feinden vorhanden waren. Diese Friedensgeneigtheit ist aber zerstört worden durch Dinge, über die ich jetzt noch nicht sprechen will.

Vorsitzender Ostheim: Wie erklären Sie sich, daß trotz der Eingrenzung der Zufuhr von Lebensmitteln England weit über den 1. Juli hinaus durchgehalten hat und keine Ernüchterung wesentlich günstiger gewesen ist, als die Ernährung des deutschen Volkes?

Dr. Helfferich: Es ist eine falsche Annahme, daß England nicht ganz erheblich durch den U-Bootkrieg für seine Ernährung gelitten hätte. Die militärisch-politische Wirkung reifte heran, als sie von Deutschland aus gerichtet wurde.

Vorsitzender Ostheim: Das letztere habe nichts mit der Fragestellung zu tun. Wir stellen diese Angelegenheit zurück.

Abg. Dr. Singheimer verlas einige Stellen aus einem

Briefe Bethmanns über die vollständigen Konsequenzen

die derselbe aus der Tatsache zog, daß die Entlassung am 1. Juli allgemein gewesen sei. Darin heißt es, daß bei aller Zurechnung Rücksicht geboten sei, daß sich die politischen Berechnungen als unzuverlässig erweisen hätten und daß die Aussicht eines Diktatfriedens uns bereits in weit Ferne gerückt sei. Bethmann kommt in dem Briefe zum Schluß, daß es überhaupt unmöglich sei, bis zu irgend einem bestimmten Zeitpunkt durch den U-Bootkrieg Meister unserer Feinde zu werden. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg sollte doch durch militärischen Druck England zum Frieden zwingen.

Dr. Helfferich: Wie hatten mit England keinen Streit, sondern einen Krieg auszufohren, deshalb kommt es nicht auf das Wort, sondern auf die militärisch-politische Wirkung an, wenn man vom Diktatfrieden zwingen spricht.

Abg. Singheimer: Sie haben damals eine lange Rede gehalten von einer Weltumwälzung durch den U-Bootkrieg. Eine solche war doch nicht zu erwarten, wenn wir zu einem Verständigungsfrieden kämen?

Dr. Helfferich: Auch ein Verständigungsfrieden nach diesem Kriege gegen eine Koalition wäre eine Weltumwälzung gewesen.

Abg. Dr. Singheimer: Reichten nicht politische Mittel dazu aus?

v. Bethmann Hollweg: Hier wird gesagt: Man wolle England durch den U-Bootkrieg zum Frieden zwingen. Wer ist der

man? Der Udmorok hat bei seinen Berechnungen nicht davon gesprochen, England auf die Knie zu zwingen, er hat am 22. Januar in der Denkschrift die sichere Erwartung ausgesprochen, ja die Garantie übernommen, daß England Friedensbereitschaft zeigen sollte. Ich für meine Person habe weder am 9. Januar noch sonstwohin die sichere Erwartung bilden können, daß wir durch den U-Bootskrieg England zum Frieden zwingen würden. Das habe ich nicht angenommen. Ich bin nicht enttäuscht gewesen, daß dieses Resultat nicht eingetreten ist. Ich habe als das Beste, was der U-Bootskrieg für uns leisten konnte, angenommen, daß in England Nachdenken dafür hervorgerufen werde, ob einem fortgesetzten Tonnagerüst nicht die Verhängung über einen Frieden vorzuziehen sei, auf den sich England mit seinen Verbündeten sehr wohl einlassen könnte. Ich habe niemals geglaubt, daß dieser Verständigungsfrieden ein Straßfrieden sein würde, in dem wir sehr bescheidene Bedingungen stellen müßten. Der Kern ist nicht festzustellen, inwiefern England imstande war, seine Produktion zu erhöhen und seine Konsumtion einzuschränken, sondern: War der Beschluß zum U-Bootskrieg eine so verkehrte Taktik, daß sie unter seinen Umständen getroffen werden dürfte, oder ist nicht möglich gewesen, aus den Erfolgen des U-Bootskrieges noch weitere politische Folgen für uns auszunutzen? Nur wenn man diese Fragen gründlich prüft, kann man zu einem gerechten Urteil über die Frage des U-Bootskrieges kommen. Diese meine persönliche Ansicht glaube ich angefaßt meines Vorhins besprochenen Briefes anführen zu müssen.

Abg. Schäfers weist darauf hin, daß man in Oesterreich-Ungarn zuerst gegen den U-Bootskrieg war und erst nachher, als Holzhendorff erklärte, England werde damit sicher zum Frieden gezwungen werden.

Dr. Zimmermann: Ich nahm damals an der Rekonstruktion in Wien mit Holzhendorff teil. Dieser trat warm für den U-Bootskrieg ein und erklärte, wir werden England soweit bekommen, daß es auf den Frieden eingeht. Noch lebhafter, als Herr von Holzhendorff, trat Admiral Haus für den U-Bootskrieg ein. Auch General Conrad von Holzhendorff war für den U-Bootskrieg, dagegen äußerte Graf Tizza Bedenken.

Abg. Dr. Cohn: Zu welchem Frieden wollte denn um die Jahreswende 1916/17 die Regierung kommen? Ohne zu dem Frieden mit Bedingungen, die am 7. November dem Kaiser vorgelesen hatten und von ihm genehmigt worden waren, die als maßvoll galten und fragten die Anexion von Aurlang und Lüttich enthielten? Von der Pflicht der Wiederherstellung Belgiens, von der der Reichskanzler am 4. August 1914 gesprochen hatte, war nicht mehr die Rede.

Herr Abg. Göttsch: Diese mitausgehende Frage kann heute nicht mehr zur Entscheidung gebracht werden.

Wir haben nunmehr am Abbruch der Vernehmung Dr. Göttsch's. Morgen werden Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff vernommen werden und dann wird in den Sitzungen des Ausschusses eine längere Pause eintreten.

Preussische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung wurde in der allgemeinen politischen Debatte zum

Haushalt des Staatsministeriums

fortgefahren. Der Zentrumredner eröffnete den Reigen. Der Zusammenstoß der drei Regierungsparteien wäre doch einer jeden die Entschleunigung und Bewegungsfreiheit. Er müsse allerdings zugeben, daß die Politik Brüning in Oberschlesien sich als nachteilig erwiesen habe. Den Arbeiterräten fehle die gesetzliche Grundlage. Die Sicherheit des Wirtschaftslebens müsse unter allen Umständen gesichert werden. Solange die Umstrukturierung andauere, habe keine Partei den Belagerungszustand für notwendig. (Vorb. Beifall rechts, Widerspruch bei den Unabh.)

Abg. Dominikus (Dem.) beantragte auch seinen Anteil an Hindenburg. Wenn Ministerpräsident Hirth von der Einheitsfront der Arbeiterschaft gesprochen habe und dies etwa als gegen die Bourgeoisie gerichtet gedeutet werden sollte, dann mache das seine Partei nicht mit. Der Zustand, worin die Arbeiterräte bei den Behörden als notwendig anerkannt waren, müsse jetzt als überwunden gelten. Der Belagerungszustand sei so lange als notwendig aufrecht zu erhalten. Was aber die vom Reichstag her nicht besprochenen Belagerungszustände anbelange, müsse eine Organisation zur Nachprüfung geschaffen werden, damit kein Unschuldiger leide.

Abg. Ludwig (Unabh. Soz.)

Ständehaus nannte der Ministerpräsident die Vorgänge, die sich unter den Augen der Regierung des Reichsministeriums abspielten. Wir sind der Ansicht, daß keinerlei Beschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit stattfinden darf, es sei sich gegen rechts oder links wendet.

Herrn Hirth die Tugl der Regierung vor den Weisern, die sie rief und die ihr nun über den Kopf zu wachsen drohen, aus ihren Worten. Die parlamentarischen, antihöckerischen Plolate, die wie im Frühling an den Mauern und Säulen täglich vor Augen gefaßt belanden, die waren von Staatsgelehrten bezogen und sie haben die Wahrheit in die Hand gearbeitet. Was Herr Hirth über die Verdrängung unserer Politik gesagt hat, schlägt ihn und der gesamten mehr als vierzigjährigen parlamentarischen Tätigkeit ins Gesicht. Das ist, was der Ministerpräsident am Sonntagabend hat, was das der Öffentlichkeit.

Wollen Sie denn warten, bis Sie rausgeworfen werden aus der Regierung?

(Anrede bei den Soz.) Die Abstimmungen der letzten Zeit im Reichstag haben gezeigt, daß Sie eine Mehrheit haben. Somit Sie (zu den Soz.) die Sünden des alten Regimes mitgemacht haben, nun Sie zu konstatieren; somit Sie die verhängnisvolle und arbeiterrätliche Politik des heutigen Regimes mitmachen, sind Sie zu verurteilen.

Die Deutschnationalen schämen sich nicht, den Friedensvertrag für ihre Propaganda auszunutzen. Was aber links herum geschieht und was uns angeht, ist das ein einziges und allein auf das Konto dieser Partei zu setzen. Die Deutschnationalen Offiziere haben ja der Welt erst das bescheidende Vorbild gegeben.

Die Reaktion hatte lange Zeit gebraucht, bis sie die Forderungen bekommen hat, die im November nach geworden sind. Vor im Juni und Juli, als unter Mitwirkung der sozialistischen Minister der Militarismus wieder aufgerichtet wurde, da erobert auch sie wieder ihren Platz. Sie hielten die revolutionären Erfindungen für so gefährlich, daß sie das Proletariat entwaffneten und die Bourgeoisie bewaffneten. Jetzt haben wir, nach dem Scheitern. In der Reichswehr bleibt die monarchistische Propaganda bestehen, daß selbst Rechtssozialisten es nicht mehr ansehen können und Revolutionen dagegen annehmen. Aber Revolutionen, die gehen für hier im Hause nicht an.

Die antisemitische Orgel

wird von den Deutschnationalen betrieben, um die Schuld von sich abzuwälzen, die sie auf sich geladen haben. So ist es üblich immer in der Geschichte gewesen. (Sehr richtig.) Wir sind nicht gewohnt, bößlich behandelt zu werden. Herr Heine hat es nicht für notwendig gehalten, auf die Vorwürfe zu antworten, die Genosse Rosenfeld erhoben hat, er ist mit Rücksicht darüber hinweggegangen. Aber wie derselbe Minister die Herren rechts am Sonntagabend behandelt hat, das ist und noch nicht begangen. Besonders föhlich aber war, daß er erklärte, wie sehr die sozialdemokratischen Minister ein Herz und eine Seele mit den bürgerlichen Ministern sind. (Abdruck und Lachen bei den Soz.)

Sie sollten darüber Scham empfinden. Vielleicht bedrückt uns Herr Heine auch einmal, wie viele sozialdemokratische Mitarbeiter er in seinem Ministerium hat. Durch die persönliche Art, wie er gegen Vorgesetzte vorgegangen ist, wird der politische Kompromiss immer mehr in den Kot gezogen. Und wenn sich die Deutschnationalen über die Kosten der Arbeiterräte aufregen, so möchte ich ihnen nur entgegenhalten, daß die Burgen der deutschnationalen Offiziere im Krieg und deren fingierte Urlaubreisen dem Volke weit mehr gekostet haben als die Arbeiterräte. (Sehr wahr links.)

Die Art, wie Herr Heine sich die Verabschiedung der Verfassung

denkt, ist das beste Material für die Antiparlamentarier. So wird die Beratung zur reinen Komödie. Da die Volkswahlung heute aber eine ganz andere ist als im Januar, so hat auch die Verabschiedung gar nicht mehr das Recht, die Verfassung zu verabschieden.

Wir verlangen daher schleunigste Neuwahlen.

Von den russischen Verhältnissen ist hier viel die Rede gewesen. Der Umstand allein, daß sich die russischen Genossen zwei Jahre lang gegen eine Welt von Feinden zu halten vermochten, beweist die Lebenskraft ihrer Ideen, und das erfüllt uns mit allergrößter Genugtuung. (Vorb. Beifall h. u. Unabh.) Auch wir werden zum Rätesystem kommen müssen, einem System, in dem Gesetzgebung und Verwaltung in einer Hand vereinigt sind. Und für die Uebergangsperiode benutzen wir das Parlament. Sie haben ein Gesetz erhoben, daß zwanzigjährige Großmütter im Wirtschaftlichen mitreden sollen. Rein, wenn jemand schon mit 18 Jahren ein 60 Millionen Volk regieren könne, dann geben Sie zu, daß ein Betriebsrat in einem Väterbetrieb wichtiger ist.

Die Einwohnervoten verstoßen gegen den Friedensvertrag. Sie dienen der Reaktion.

Jetzt wird es ihnen selbst angst und bange davor. Wir verlangen deren Beseitigung, wie wir die Aufhebung des Belagerungszustandes fordern. Jetzt herrscht auf der einen Seite die Diktatur des Besitzes, auf der andern steht das Proletariat, dessen einzige, aber unwiderstehliche Waffe die Arbeitskraft ist. Genosse Erdwig verlas die Erklärung, die wir im Hauptblatt veröffentlichten.

Auf unsern Redner erwiderte Finanzminister Südekum. Seine grenzenlose Kurzsichtigkeit verriet er, indem er die Reden der Deutschnationalen und unserer Genossen als ein Spiel ansah. Wir seien Illusionisten. Und da unsere Illusionspolitik die Entente zum Einschreiten veranlassen könnte, seien wir gefährlich.

Gewerkschaftliches.

Tariffbewegung der Berufsgenossenschaftsangeestellten.

Zwischen dem Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften und dem Zentralverband der Angestellten und der Vereinigung der Reichsanwaltschaften Handlung ist noch wiederholten Verhandlungen ein Arbeitsübereinkommen getroffen worden. Die Besoldungsätze bringen der großen Masse der mitleren Angestellten gute Verbesserungen. Auch der Ueloub ist in angemessener Form geregelt. Als besondere Sicherung für die Angestellten kann angesehen werden, daß ständige Angestellte, nach einer anrechnungswürdigen Dienstzeit von 10 Jahren, als lebenslanglich angestellt und ruhegehaltsberechtigt gelten. Die Mitwirkung der Angestellten-Ausschüsse ist im Uebe-einkommen vorgesehen. Für Streikzeiten, die sich bei der Ausübung bezw. Anwendung des Uebereinkommens ergeben sollten, ist ein partielllich zusammengerechter Schlichtungsausschuss durchdacht. Als letzte Instanz soll in Berlin ein Oberschiedsgericht gebildet werden.

Die Mitberednerin des Zentralverbandes, Abteilung für Berufsgenossenschaftsangeestellte, besuchte von ca. 500 Kollegen, trat am 10. d. M. diesem Uebereinkommen mit überwiegender Mehrheit bei. Es hat rückwirkende Kraft ab 1. April 1919.

Im dringendsten Interesse der gesamten Kollegenchaft muß bei den maßgebenden Stellen auf sofortige Ausführung der Bestimmungen des Uebereinkommens hingewirkt werden. Schon jetzt wird von einzelnen Berufsgenossenschaften die Ansicht vertreten, daß Ausführung nicht eher erfolgen könne, als bis die Genossenschafts-Versammlungen zum Uebereinkommen Stellung genommen hätten. Derartige Ansichten, die das Wesen und den Zweck des Uebereinkommens vollkommen verkennen, müssen auf das Nachdrücklichste bekämpft werden.

Dem Reichsversicherungsamt, als Aufsichtsbehörde der Berufsgenossenschaft, liegt es ob, den einzelnen berufsgenossenschaftlichen Verwaltungen den nunmehr zweifelsfrei klaren Weg vorzuschreiben, den sie geben müssen, damit endlich die Angestellten zu ihrem Recht kommen und Ruhe in den Verwaltungen eintritt.

Zum Streik in den Schuhwarenhäusern.

Zwischen den Schuhwarenhändlern und dem Zentralverband der Angestellten fanden am 13. d. M. Verhandlungen statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Bedingt die Firma Julius Perlowitz, Münchener 24, hat die Forderungen ihrer Angestellten bewilligt und es wird daher dort nicht mehr gestreikt. Dagegen geht der Streik bei den Firmen: Dortmund, R. J. Reustadt, Max Reustadt, Salzmann der Schuhfabr. m. b. H., Der Schuhfabr. und Carl Stiller's Schuhwarenhäuser weiter.

Von den betroffenen Firmen werden jetzt Kaufstreiter engagiert, unter denen sich die verkommensten Elemente befinden, die z. B. bei Stiller Hundende billige Stiefel verlaufen und sich dafür 20 M. extra geben lassen, um sie angeblich der Verkäuferin zu überweisen. Eine Dame ist dort beschäftigt, die nur Damen der besseren Gesellschaft bedienen will. Bei Dortmund bedrohte ein Herr Hopp, Verwandter des Streiks, die Streikposten lebenden Verkäuferinnen mit Haftstrafen und bedrohte sie in der unflätigsten Weise. Und wie der Herr, so's Geschick. Herr Henge zum Verband deutscher Schuhwarenhändler, der die Sache der Unternehmer führt, Mitglied des Gewerkschaftsbundes, kann sich den argsten Scherzmodern rüben an die Seite stellen. In seinem Bestreben, die Angestellten zu unterdrücken, kennt er keine Grenzen, und wenn bei den Verhandlungen ein Arbeiter (Herr Müller) eine gute Meinung zeigte, verbietet er ihm einfach das Wort und Herr Stiller schmeißt Arbeiter, unterstützt die streikenden Angestellten im Kampfe gegen das Schmarotzertum, über Solidarität.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Funktionäre!

Am Sonntag, den 23. November, vormittags 9 Uhr, findet im Vahnenhof, Hindenburgstraße 3-5, die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung vom 2. November d. J. statt.

Da die Einladungen dazu aus technischen Gründen erst etwas spät erfolgen können, bringen wir auf diesem Wege die Voraussetzungen. Zutritt zur Generalversammlung haben nur die Kollegen, welche im Besitz der Einladungs- und Legitimationskarte sind und außerdem Verbundbuch oder Streikkarte vorlegen können.

Die Tagesordnung.

Siemens u. Halske, Elektwerk. Versammlung aller noch ausstehenden Kollegen und Kolleginnen Dienstag, vormittags 10 Uhr, im Arbeiter-Vereinhaus Waldstraße 23. Gehemipt wird in der Versammlung.

Siemens u. Halske, Elektwerk. Dienstag, vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung aller Ausgeperrten und Ausgesperrten der Karlen in Heide's Festhalle, Koberger Straße 23 (Waldhof Wedding). Erscheinen aller dringend notwendig.

U. Borfig. Am heutigen Dienstag werden sich alle Kollegen zur Arbeit mit Ausnahme der Lokomotivmontage, Lackiererei, Jährlingbau, Holzhammer, Schweißmaschinen und derjenigen Kollegen an den 500-, 1200-, und 2000-Tonnen-Pressen. Die hier angeführten Kollegen werden noch benachrichtigt.

Deutsche Telephonwerke, West Niederösterreich. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt am Dienstag vormittags von 10 bis 12 Uhr bei Hellmuth, Göllicher Straße Ecke Sorauer Straße. Die Stempelung der Kontokonten erfolgt täglich bis auf weiteres bei Fröhlich, Rastauer Straße Ecke Josephstraße.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen. Donnerstag, abend 10 Uhr findet in Fests Festhallen, Brunnenstraße 134, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die wichtige Tagesordnung verpflichtet alle Mitglieder zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Noch kein Tarif für die Warenhausarbeiter. In Nr. 554 der „Freiheit“ brochten wir unter vorstehender Ueberschrift einen Versammlungsbericht, worin angeführt wurde, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Heinrich Grünfeld, erklärt habe, es könne dem Arbeiterverband nur darauf an, über die momentane schwierige Lage der Warenhäuser hinwegzukommen. Hierzu geht ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes im Einzelhandel zu, worin behauptet wird, die Worte des Herrn Grünfeld hätten sinngemäß gedeutet, alle Parteien müßten sich bemühen, über die Rätsel, die der Schiedsspruch den Parteien statt einer Entscheidung zur Lösung aufgibt, durch gegenseitige Verständigung hinwegzukommen. — Wir nehmen von dieser Erklärung Notiz, freuen aber hinzu, daß wir noch wie vor der Meinung sind, daß die Verhandlungen doch etwas weislich in die Länge gezogen werden. Die Unterzeichner sollten sich also nicht wundern, wenn den Arbeitern endlich die Geduld bricht, und zwar noch vor Weihnachten!

Groß-Berlin.

Wie Arbeiter im Zaume gehalten werden sollen.

Nach dem Zusammenbruch der deutschen Kriegspolitik und unserem ganzen Wirtschaftssystem sind viele früheren Offiziere auf den Gedanken gekommen, sich mit dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftsystems zu befassen. Es sei nur an die Gründung des Arbeitsnachweises der Reichswehr, an die Bestrebungen des Hauptmanns Kammann und die Arbeitszentrale des Hauptmanns Döbereiner erinnert, deren Zweck nur allzu durchsichtig ist und vor allem dahin zielt, den jetzt arbeitslos gewordenen Offizieren auf Kosten der Arbeiterschaft gute und mühevolle Erfindungsmöglichkeiten zu schaffen, dem Kapitalismus aber dadurch zu Hilfe zu eilen, in dem man ihm billige und willenslose Ausbeutungsobjekte zuzutreiben versucht. Zum Glück steht die Arbeiterschaft und vor allem die Arbeitslosen all diesen Bestrebungen sehr feindselig gegenüber. Wie berechtigt das Mißtrauen der Arbeiterschaft ist, beweist ein Schreiben, welches im Original vorliegt und wörtlich lautet:

Einschreiben. Kapitän S. Greifenberg, den 18. Oktober 1918. An den Nationalen Heimatbund zur Versorgung Offiziersklassen. Berlin, Schellingstraße 14/15.

Ich bitte umgehend um Mitteilung, wer der Kreisvertrauensmann des Nationalen Heimatbundes für den Kreis Greifenberg in Rommen ist. Gleichgültig bitte ich um Auskunft, ob ich eilend auf sofortigen Abruf einen Offizier altpreußischer Gesinnung, Alter möglichst über 25 Jahre und sechs Wunden gleicher Denkmärke als Sicherheitsstuppe, vorläufig bis zum 1. Dezember, bekommen kann. Waffen, womöglich 1 Maschinengewehr und sehr reichlich Munition, Handgranaten wären mitzubringen. Der Offizier möchte sich gegen freie Wohnung, Verpflegung und Familienanschluss in meinem Hause zur ständigen Aufsicht über seine Leute verpflichten, und wenn die Verhältnisse es erfordern, den Sicherheitsdienst organisieren und dauernd persönlich überwachen. Die Mannschaften hätten zu ortsständigen Wachen bei der Kartoffelernte zu helfen, Wachdienst zu tun, evtl. andere landwirtschaftlichen Arbeiten, wie Feldarbeiten und dergl. zu verrichten. Offizier und Mannschaften müßten sich vorläufig bis zum 1. Dezember verpflichten. Lebensmittel und polizeiliche Anmeldungen wären mitzubringen. Ich bitte um möglichst sofortige Erledigung dieser Frage, wenn möglich unter Romanen und Altersangabe eines oder mehrerer Offiziere, die geneigt sind, auf meine Bedingungen einzugehen. Den Truppenchef und Friedensland bitte ich zu vermerken. gez. Baron Smitz.

Man stelle sich das Paradies vor, in welches Arbeiter getrieben würden, wenn sie auf diese Arbeitsstelle durch oben gekennzeichnete Arbeitsvermittlung verschoben würden, in welcher der Herr Baron sogar verlangt, daß die zu seinem Schutze ihm gestellte Sicherheitsmannschaft die Lebensmittel mitzubringen habe, damit ihm ja keine Kosten entstehen, er aber dennoch jederzeit imstande ist, seine Arbeiter mit Waffengewalt an die Arbeit zu treiben. Es ist verständlich, daß dieser Wache Offiziere mit altpreußischer Gesinnung sucht, die Fleisch von seinem Fleisch sind. Es kann den Arbeitsuchenden nicht dringend genug geraten werden, nur die öffentlichen städtischen Arbeitsnachweise, so wie die Arbeitsnachweise ihrer Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen und jede ihnen von anderer Seite angebotene Arbeit abzulehnen, und sich so selbst vor Ausbeutung und unwürdiger Behandlung zu schützen. In Berlin und anderen größeren Orten sollten sich die Arbeitslosen an den zuständigen Arbeitslosenrat wenden, wenn ihnen von irgendeiner Seite Arbeit angeboten wird, und der gern bereit ist, in allen diesen Fragen ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Vor allem muß aber darauf hingewiesen werden, daß Arbeitsuchende sich nicht durch noch so große Versprechungen verleiten lassen, Arbeit anzunehmen, ohne sich vorher mit den am Ort bestehenden öffentlichen städtischen Arbeitsnachweisen in Verbindung zu setzen.

Bankdirektor und Viehhändler.

Das Leitorgan des Herrn Gelferich, die „Kreuzzeitung“ bestätigt, daß Herr Gelferich, als der Vorsitzende den Beschluß des Ausschusses verkündete, wonach der Fugge wegen Verweigerung der Kaufs in eine Geldstrafe von 800 Mark genommen sei, ostentativ seine Brieftasche gezogen und auf den Tisch gelegt hat. Als ein bekannter Berliner Rechtslehrer das Wesen der Geldstrafe im Kolleg erörterte, führte er als Schwärbe der sehr im ersten Geldstrafe an, daß bei den heutigen Besitzverhältnissen die Geldstrafe völlig unföhal werte, da sie den Widerbegünsteten sehr hart treffe, während sie dem Reichen als lächerliche Bagatelle erweise und jeden Zweck verlicke. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch seiner gerichtlichen Praxis den Fall eines Viehhändlers, der zu der in der damaligen Zeit hohen Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt worden war und schließlich seine Brieftasche zog. Das Gericht nahm daraufhin, wie jetzt

